

Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“

ABSCHRIFT



PETER FLASPÖHLER
DIPL.-ING.
ARCHITEKT & STADTPLANER
FALKENWEG 16
31840 HESSISCH OLDENDORF
FON: 0 (49) 51 52 – 96 24 66
peter.flaspoepler@t-online.de
www.peter-flaspoepler.de

Bauleitplanung



Stadt Pattensen
Rathausplatz 1
30982 Pattensen

Planverfasser:



**PLANUNGSBÜRO
FLASPÖHLER**

PETER FLASPÖHLER
DIPL.-ING.
STADTPLANER & ARCHITEKT
FALKENWEG 16
31840 HESSISCH OLDENDORF
FON: 0 (49) 51 52 – 96 24 66
peter.flaspoebler@t-online.de
www.peter-flaspoebler.de



MITGLIED DER
ARCHITEKTENKAMMER NIEDERSACHSEN
EL-Nr. 11.835
EL-Nr. 19.166

Bearbeitung:

Dipl. Ing. Peter Flaspöhler (Stadtplaner & Architekt)
Dipl.-Ing. Barbara Wiebusch (Landschaftsplanerin)

A Begründung

1	Rechtsgrundlagen.....	3
2	Anlass und Aufgabe des Bebauungsplans	4
3	Geltungsbereich	5
4	Planerische Vorgaben und Fachgutachten	6
4.1	Regionales Raumordnungsprogramm für die Region Hannover	6
4.2	Landschaftsrahmenplan für die Region Hannover	7
4.3	Flächennutzungsplan der Stadt Pattensen	7
4.4	Verbindliche Bauleitplanung	8
4.5	Fachgutachten	9
5	Rahmenbedingungen, Zustand des Plangebiets und Einflüsse	12
6	Städtebauliches Konzept, Ziel und Zweck der Planung	16
7	Verbindliche Festsetzungen	18
7.1	Öffentliche Grünflächen Sportplatz (Multi-Sport-Court).....	18
7.2	Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung Parkplatz.....	20
7.3	Flächen für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Sendeanlage.....	20
7.4	Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft.....	21
7.5	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen	23
7.6	Eingriffsregeung, Kompensationsmaßnahme, Artenschutz und CEF-Maßnahmen	25
8	Städtebauliche Werte.....	29
9	Erschließung, sonstige Auswirkungen und sonstige Hinweise	29
9.1	Verkehrliche Erschließung und ÖPNV	29
9.2	Ver- und Entsorgung.....	30
9.3	Kampfmittel.....	31
9.4	Hinweise zum Bodenschutz, Baugrund und Altlasten	32
9.5	Archäologische Hinweise.....	33
9.6	Inkrafttreten und Teilaufhebung von Bebauungsplänen	34
10	Bodenordnung.....	34
11	Kosten.....	34

B Umweltbericht

C Beschluss

1 Rechtsgrundlagen

Für den vorliegenden Bebauungsplan sind die folgenden Rechtsgrundlagen maßgeblich:

- **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394),
- **Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176),
- **Planzeichenverordnung (PlanzVO)** vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz) vom 14.06.2021 (BGBl. 1 S. 1802),
- **Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz- BNatSchG)** in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225),
- **Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306),
- **Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013, zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225),
- **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409),
- **Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** i. d. F. vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Februar 2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 9)
- **Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatSchG)** verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Naturschutzgesetzes vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 104), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 289; 2024 Nr. 13),
- **Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG)** vom 30. Mai 1978 (Nds. GVBl. S. 517), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 289),
- **Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. und III. Ordnung und über die Schau der Gewässer III. Ordnung für das Gebiet der Region Hannover (Gewässerunterhaltungsverordnung)** vom 04.03.2008, zuletzt geändert am 17.12.2013.

Technische Regelwerke, auf die in den Festsetzungen Bezug genommen wird, können in der Bauabteilung der Stadt Pattensen während der Öffnungszeiten eingesehen werden.

2 Anlass und Aufgabe des Bebauungsplans

Die Stadt Pattensen plant die Errichtung eines Multi-Sport-Court auf einem Grundstück im südwestlichen Bereich der Kernstadt, welches an bestehende Sportstätten anschließt. Aus diesem **Anlass** wird der Bebauungsplan Nr. 164 aufgestellt. **Beim Multi-Sport-Court handelt es sich um eine Freizeitsportanlage** für Sportarten, welche nicht durch die Vereine in der Stadt Pattensen angeboten werden.

Die Initiative für den Multi-Sport-Court ging vom Jugendparlament der Stadt Pattensen aus. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit einer örtlichen Arbeitsgruppe inhaltlich vertieft und ausgearbeitet. Inzwischen liegt ein Planungsvorentwurf (Verfasser: Sport- und Freiraumplanung, Dipl.-Ing. Dieter Grundmann) vor, der gemäß politischer Beschlusslage realisiert werden soll. Die Finanzierung der Freizeitsportanlage soll möglichst durch Spendengelder erfolgen.

Die **planungsrechtlichen Grundlagen** für das Vorhaben liegen vor, da der derzeit gültige Flächennutzungsplan der Stadt Pattensen das für den Geltungsbereich des Bebauungsplans eine **Grünfläche mit den Zweckbestimmungen „Sportplatz, Badeplatz, Freibad, Tennisplatz, Motorballplatz“** darstellt.

Da sich die Grundstücksflächen im Außenbereich befinden, ist die Aufstellung eines Bebauungsplans erforderlich, um die **planungsrechtlichen Voraussetzungen** zur Baugenehmigungsfähigkeit des Vorhabens zu schaffen. Deshalb hat der Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 23.03.2023 den Aufstellungsbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ gefasst.

Das Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ überlagert Teilbereiche der Bebauungsplangebiete Nr. 116 „Sportgelände“ und Nr. 129 „An der Bleiche“ der Stadt Pattensen. Mit Inkrafttreten des Bebauungsplans Nr. 164 werden die bisher geltenden Festsetzungen durch die neuen Festsetzungen ersetzt.

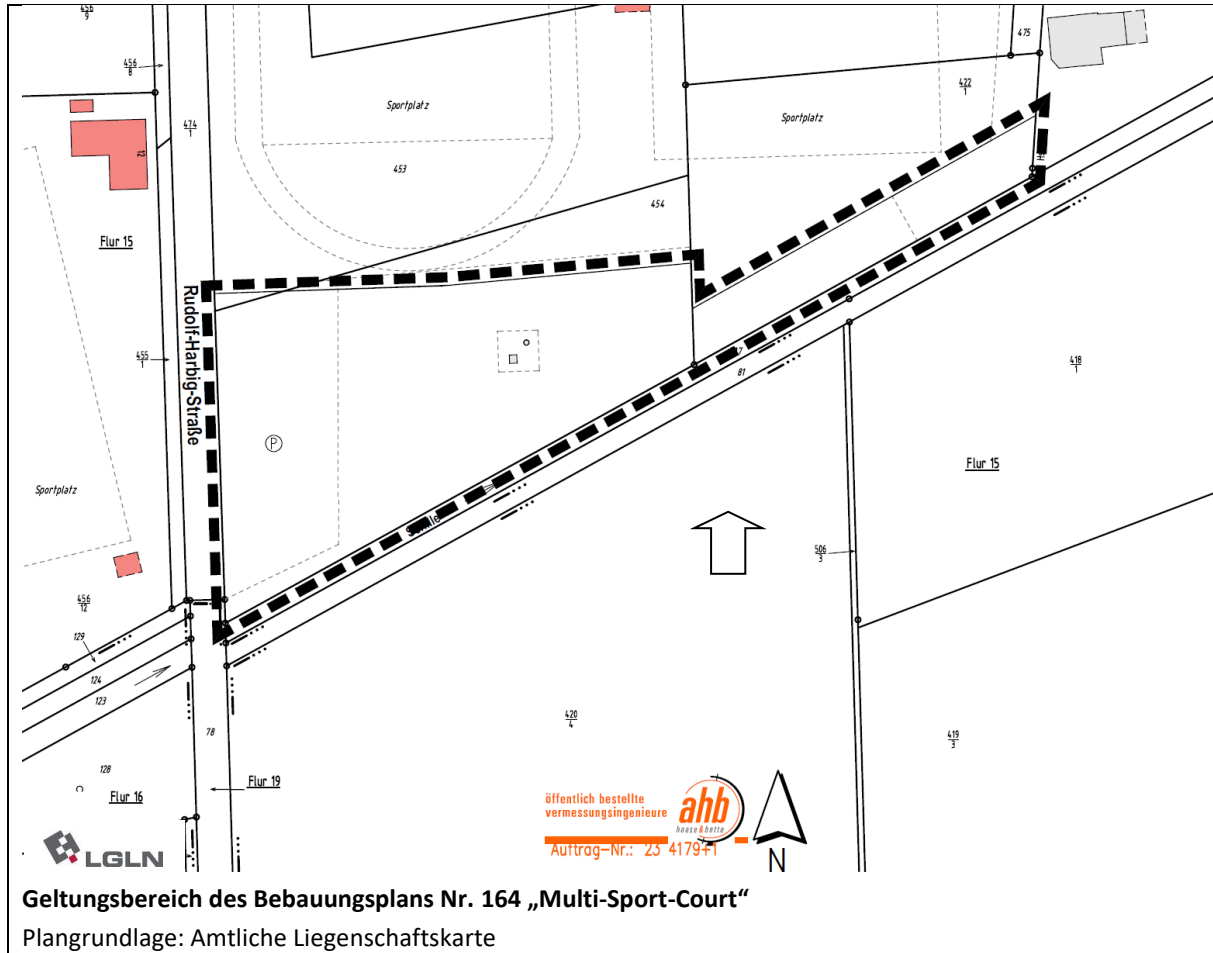
Aufgabe des Bebauungsplans ist es, die Nutzung im Plangebiet entsprechend den städtebaulichen Entwicklungszielen der Stadt Pattensen zu leiten. Bei der Bauleitplanung sollen die maßgeblichen öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen werden. Hierbei sind insbesondere die Anforderungen an den Umwelt- und Artenschutz zu beachten. Der Plan wird mit Umweltprüfung und Umweltbericht gem. § 2a Nr. 2 BauGB aufgestellt.

Der Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ hat zwar einen konkreten Vorhabenbezug, da er die Voraussetzungen zur Errichtung einer Freizeitsportanlage schaffen soll, da allerdings insbesondere der Sektor des Freizeitsports bzw. der Trendsportarten ständigen Neuerungen und Veränderungen unterworfen ist, ist es Ziel, die Festsetzungen des Bebauungsplans so weit wie möglich flexibel zu gestalten. Deshalb wird der Bebauungsplan nicht als Vorhaben- und Erschließungsplan, sondern als „Angebotsplan“ aufgestellt.

3 Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ liegt am südwestlichen Ortsrand von Pattensen.

Das Plangebiet ist im nachfolgenden Plan mit einer schwarzen gestrichelten Linie umgrenzt abgebildet. Der exakte Geltungsbereich ergibt sich aus der Planzeichnung.



Es grenzt im Westen an die *Rudolf-Harbig-Straße*. Nördlich befindet sich der Sportplatz und südlich verläuft die *Schille*, ein Gewässer III-Ordnung. Überplant werden ein bestehender öffentlicher Parkplatz, östlich der *Rudolf-Harbig-Straße* und eine östlich daran angrenzende Grünlandfläche, die bisher als Osterfeuerplatz genutzt wurde. Im östlichen Bereich des Plangebiets befindet sich ein Sendemast. Von der Planung betroffen sind die Flurstücke 422/1 tlw., 453 tlw., 454 tlw. und 474/1 tlw., der Flur 15 in der Gemarkung Pattensen.

Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 0,73 ha.

Allgemeines Planungsziel, ist die Ergänzung der bestehenden Sportstätten im südwestlichen Bereich der Stadt Pattensen um einen Sportplatz (Multi-Sport-Court), als Angebot auf dem Sektor des Freizeitsports.

Die planungsrechtliche Sicherung der erforderlichen externen Kompensationsmaßnahmen erfolgt durch eine verknüpfende Festsetzung gem. § 9 Abs. 1a BauGB.

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ treten in dessen Geltungsbereich die bisher geltenden Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 116 „Sportgelände“ und Nr. 129 „An der Bleiche“ für den neu überplanten Bereich außer Kraft und werden durch die neuen Festsetzungen ersetzt.

4 Planerische Vorgaben und Fachgutachten

4.1 Regionales Raumordnungsprogramm für die Region Hannover



Zeichnerische Darstellung Regionales Raumordnungsprogramm für die Region Hannover (unmaßstäblicher Ausschnitt) mit Kennzeichnung der Lage des Plangebiets

Quelle: Region Hannover, bearbeitet

Nach § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungsplan) den Zielen der Raumordnung anzupassen. Die Ziele und Festlegungen der Raumordnung und Regionalplanung sind das Plangebiet betreffend im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für die Region Hannover beschrieben.

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) der Region Hannover ist 2016 neu aufgestellt worden und 2017 in Kraft getreten. Derzeit sind die 4., 5. und 6. Änderung des RROP in Bearbeitung. Die letzte für diese Bauleitplanung maßgebliche, rechtskräftige Fassung des RROP ist demnach die 3. Änderung aus Juni 2021.

Die Stadt Pattensen wird als Grundzentrum und als Standort mit der *Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten* ausgewiesen. Die Stadt Pattensen hat diese Aufgaben wahrzunehmen. Für das Plangebiet selbst sind in der zeichnerischen Darstellung des RROPs keine Festlegungen getroffen worden. Das Plangebiet ist Bestandteil einer größeren Fläche, die verschiedene Sportstätten und Freizeiteinrichtungen umfasst und an die Darstellung *vorhandene Bebauung / bauleitplanerisch gesichert* anschließt. Der unmittelbar südlich an das Plangebiet angrenzende Bereich ist als *Gebiet mit Bedeutung für den Biotopverbund „Verbindungsfläche Offenlandgebiete“* definiert.

In Bezug auf diese Bauleitplanung beinhaltet das RROP u. a. folgende Ziele und Grundsätze:

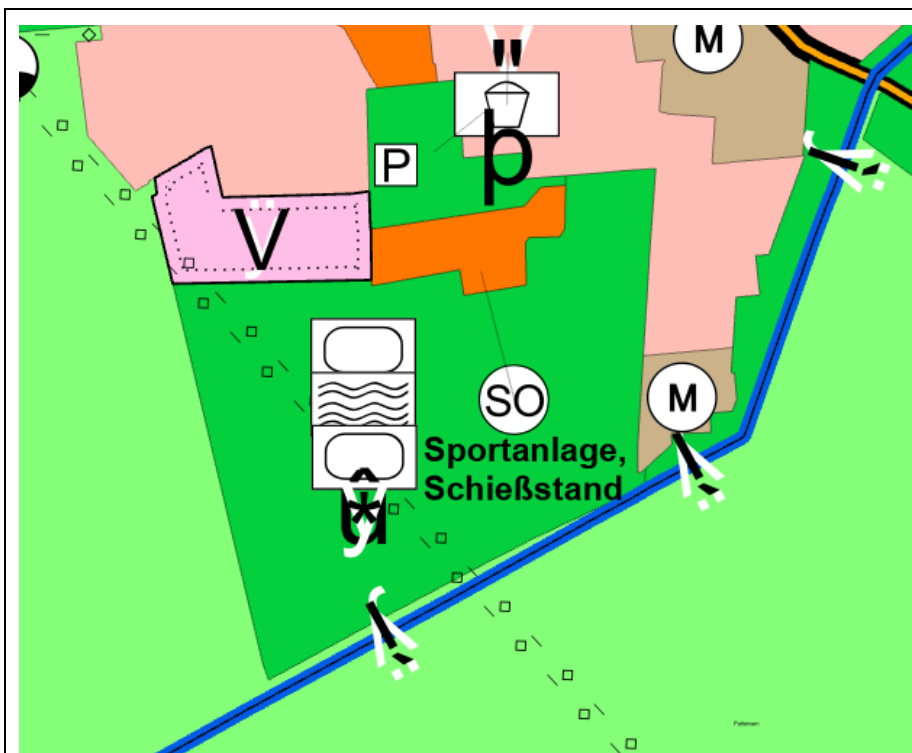
3.2.5 04 Die vorhandene Freizeit- und Erholungsinfrastruktur soll gesichert sowie raum- und umweltverträglich weiterentwickelt werden.

Diese Bauleitplanung dient der begrenzten, raum- und umweltverträglichen Erweiterung bestehender Sportstätten und Freizeit- bzw. Erholungseinrichtungen. Es ist nicht zu erwarten, dass der Inhalt dieser Planung den Zielsetzungen und Festlegungen der Raumordnung entgegenstehen wird.

4.2 Landschaftsrahmenplan für die Region Hannover

Der Landschaftsrahmenplan (LRP) ist ein eigenständiger Fachplan auf der Ebene der Region Hannover, der die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege beinhaltet. Die planungsrelevanten Inhalte des LRPs sind im Teil B der Begründung dem **Umweltbericht** dargelegt.

4.3 Flächennutzungsplan der Stadt Pattensen



Wirksame Flächennutzungsplandarstellung (unmaßstäblich)

Quelle: Stadt Pattensen

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist der vorbereitende Bauleitplan. Im FNP werden die städtebaulichen Entwicklungsziele der Stadt Pattensen flächenbezogen dargestellt.

Gemäß § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus den Darstellungen des Flächennutzungsplans zu entwickeln.

Der gültige Flächennutzungsplan stellt die Grundstücksflächen im Geltungsbereich dieser Bauleitplanung als Bestandteil einer ausgedehnten **Grünfläche mit den Zweckbestimmungen „Sportplatz, Badeplatz, Freibad, Tennisplatz, Motorballplatz“** dar.

Der Bebauungsplan Nr. 164 wird eine **öffentliche Grünfläche** mit der **Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB BauNVO festsetzen. Damit wird das Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB erfüllt.

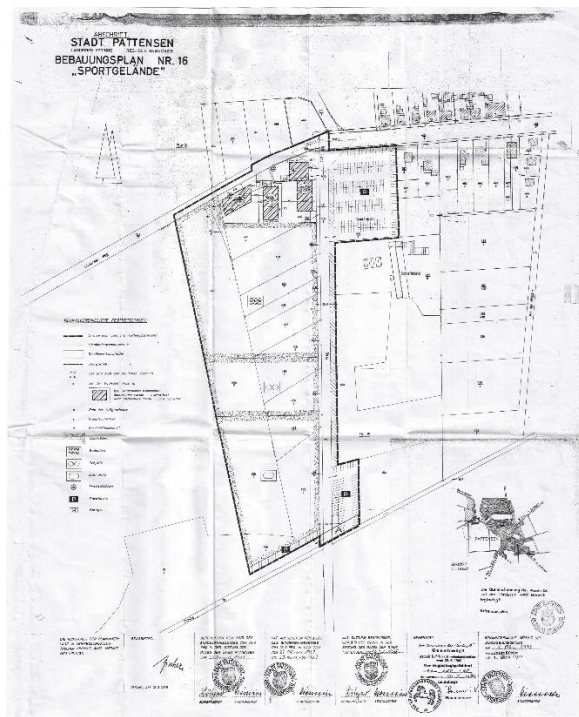
4.4 Verbindliche Bauleitplanung

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans überlagert die Geltungsbereiche folgender derzeit rechtskräftiger Bebauungspläne teilweise:

- Bebauungsplan Nr. 116 „Sportgelände“,
- Bebauungsplan Nr. 129 „An der Bleiche“.

Die Festsetzungen dieser beiden Bebauungspläne formen die zuvor beschriebenen Grünflächendarstellungen des Flächennutzungsplans rechtsverbindlich aus. Die wesentlichen **Festsetzungen dieser rechtskräftigen Bebauungspläne** werden nachfolgend zusammenfassend dargestellt:

Bebauungsplan Nr. 116 „Sportgelände“

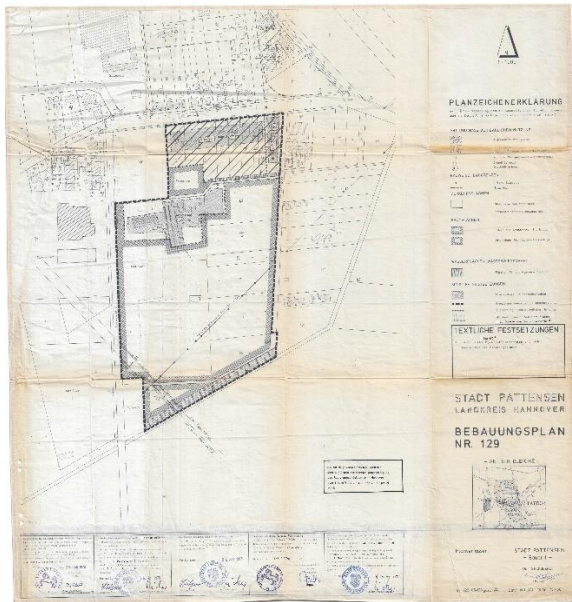


Der Bebauungsplan Nr. 116 ist seit dem 1. März 1972 rechtskräftig. Der Plan wurde als B-Plan Nr. 16 durch die seinerzeitige Stadt Pattensen aufgestellt und trägt seit der Gebietsreform die Nr. 116.

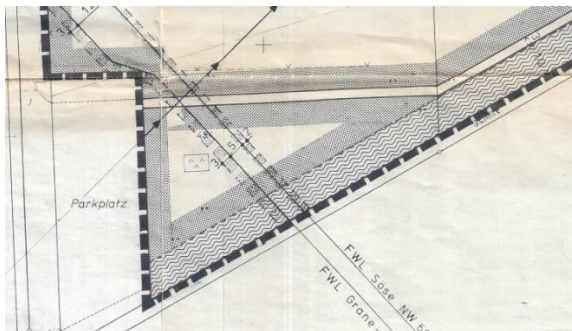
Der Plan setzt die heutige *Rudolf-Harbig-Straße* als Straßenverkehrsfläche fest. Die westlich angrenzende festgesetzte Grünfläche wird durch die Zweckbestimmungen „Badeplatz“, „Reitplatz“ und „Sportplatz“ konkretisiert.

Östlich der *Rudolf-Harbig-Straße* ist eine **Parkfläche** mit **65 Pkw-Stellplätzen** festgesetzt. Dieser Teilbereich des Bebauungsplan Nr. 116 wird in den Geltungsbereich des hier in Rede stehenden B-Plans Nr. 164 einbezogen und neu überplant.

Bebauungsplan Nr. 129 „An der Bleiche“



Gesamtplan



Ausschnitt

Der Bebauungsplan Nr. 129 ist seit dem 4. November 1976 rechtskräftig. Der Plan setzt den nördlich angrenzenden Sportplatz als **Grünfläche** mit der **Zweckbestimmung „Sportplatz“** fest.

Im Bereich des hier in Rede stehenden Plangebiets Nr. 164 setzt der Bebauungsplan Nr. 129 eine **Grünfläche** mit der **Zweckbestimmung „Parkanlage“** fest (vgl. nebenstehenden Plan-ausschnitt). Zwischen dieser **Parkanlage** und dem **Sportplatz** ist eine 3 m breite **öffentliche Verkehrsfläche** vorgesehen. Südlich schließt eine 10 m breite **Fläche für die Wasserwirtschaft** an.

Da die Errichtung des geplanten Multi-Sport-Court auf der Grundlage der bestehenden Festsetzungen **Zweckbestimmung „Parkanlage“** nicht genehmigungsfähig ist, wird der südliche Teil des B-Plans Nr. 129 durch den B-Plan Nr. 164 neu überplant. Im Zuge dieser Änderung wird die Zweckbestimmung der bereits festgesetzten **Grünfläche** als **Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Cort)** neu definiert.

4.5 Fachgutachten

Für diese Bauleitplanung sollen folgende Fachgutachten erarbeitet werden:

- **Artenschutzfachliches Gutachten**, Verfasser: Ingenieurgemeinschaft agwa GmbH, September 2024
- **Bodenuntersuchung**, Verfasser: EnLytics GmbH und GEOTEC Umweltconsulting, 08.04.2024

Die Fachgutachten liegen dieser Planbegründung an. Sie stellen umweltbezogene Informationen i. S. v. § 3 Abs. 2 Satz 2 dar, deren Ergebnisse und Erkenntnisse in die Bauleitplanung bzw. den Umweltbericht einfließen.

Artenschutzfachliches Gutachten

Ziel des artenschutzrechtlichen Gutachtens war es festzustellen, ob mit der Realisierung der Planungen besonders und streng geschützte Arten betroffen sein könnten und ob die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände (§44 BNatSchG) eintreten könnten. Darüber hinaus wurden die im Plangebiet vorkommenden Biotoptypen bestimmt. Das Gutachten kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

*„Der „streng geschützte“ Feldhamster (*Cricetus cricetus*) besitzt im Raum Pattensen eines der letzten lokalen Verbreitungsgebiete in Niedersachsen (vgl. NLWKN 2011). Deshalb wurde das Plangebiet – ungeachtet seiner wenig hamstergerechten Biotopstrukturen und der Gewässernähe zur Schille – am 03.05.2024 nach eventuellen Bauen abgesucht. Dabei ergaben sich erwartungsgemäß keine Hinweise auf ein Vorkommen.“*

„Das Biotopinventar des Plangebiets umfasst keine gesetzlich geschützten Bestände. Die Grünlandflächen weisen mit Ausnahme des Intensivgrünlands im äußersten Osten eine mehr oder minder deutliche Tendenz zur Ruderalisierung auf. Wahrscheinlich sind sie ebenfalls aus artenarmem Intensivgrünland hervorgegangen.

In artenschutzfachlicher Hinsicht haben sich die Gehölzbestände – konkret: die Baumreihe am Nordrand, ein Teil der bachbegleitenden Gehölze an der Schille im Süden und die alte Eiche zwischen West- und Mittelteil – als (potentielle) Habitate für insgesamt 13 Vogelarten erwiesen. Die Anzahl der Reviere bzw. Brutpaare beschränkt sich auf 1 oder 2 je Art.

6 Vogelarten gehören zu den häufigsten 10 in Niedersachsen. Von den sonstigen Arten ist die Dorngrasmücke als einzige nicht dem anthropogenen Siedlungsbereich zuzuordnen. Ihr Lebensraum ist hauptsächlich die offene bis halboffene Kulturlandschaft. In den Feldmarken ist sie eine der (wenigen) verbreiteten Vogelarten.

Von der Dorngrasmücke abgesehen, sind alle übrigen im Plangebiet nachgewiesenen Spezies zwar nicht nur, aber auch im anthropogenen Siedlungsbereich beheimatet. Mit der weiteren baulichen Erschließung des Plangebietes und der künftig verstärkten Nutzung als Sportstätte werden die vorhandenen Grünstrukturen deutlich vermindert und die Störintensität – aus Sicht der Vogelwelt – wird zunehmen. Folglich ist davon auszugehen, dass zumindest ein Teil des derzeitigen Vogelbestandes das Plangebiet verlassen wird. Inwieweit das der Fall sein wird, hängt wesentlich davon ab, inwieweit die Gehölze erhalten bleiben oder beseitigt werden. Der Vorentwurf des B-Plans sieht den Erhalt von drei Einzelbäumen, darunter die alte Eiche und einen 3 m breiten Grünstreifen nördlich der Schille vor (PLANUNGSBÜRO FLASPÖHLER 2023).

Angesichts der geringen Brutpaarzahlen je Art zeichnet sich für deren lokale Populationen keine Störung ihres Erhaltungszustands i. S. des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG ab. CEF-Maßnahmen nach § 44 Abs. 5 BNatSchG werden nicht erforderlich sein. Bei Arten, die den menschlichen Siedlungsbereich als Komfortzone schätzen gelernt haben wie z.B. Ringeltaube, Rabenkrähe, Blau- und Kohlmeise ist fraglich, ob sie das Plangebiet überhaupt verlassen werden.

Ein nennenswerter Zuzug von Brutvögeln mit anderen strukturellen Vorlieben, namentlich von Gebäudebrütern wie Hausrotschwanz, Bachstelze oder Haussperling, ist indessen auch nicht zu erwarten. Neue Grünstrukturen, die sich als Vogelhabitate eignen, werden wohl allenfalls in bescheidenem Umfang entstehen.

Ungeachtet der Beurteilung aus gutachtlicher Sicht, dass CEF-Maßnahmen entbehrlich sind, bietet sich über die „konventionelle“ Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG die Möglichkeit, zum Ausgleich für die Bodenversiegelung vorrangig die Entwicklung von standortheimischen Gehölzbeständen festzusetzen.

Das wäre ein Synergieeffekt für das Schutzgut Arten und Biotope, konkret: Für das jetzige Brutvogelartenspektrum des Plangebiets.

Ansonsten wird eine jahreszeitlich angepasste Bauzeitenregelung ausreichen, um einen Verstoß gegen die Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG zu vermeiden. Die bauliche Erschließung des B-Plangebiets sollte im Zeitraum zwischen Ende August und Ende Februar und damit außerhalb der Brut- und Setzzeit erfolgen.

Wenn aus bautechnischen Gründen eine Erschließung im Zeitraum Mitte März bis Mitte August erforderlich würde, sollte eine ökologische Baubegleitung hinzugezogen werden, um vorab eine Kontrolle auf aktuelle Vogelbruten durchzuführen.“

Die Ergebnisse und Vorschläge des artenschutzrechtlichen Gutachtens werden bei der Bauleitplanung berücksichtigt. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Umweltbericht (Teil B der Planbegründung) verwiesen. Die Hinweise zum Artenschutz sind einzuhalten.

Bodenuntersuchung

Die GEOTEC Umweltconsulting wurde durch EnLytics GmbH beauftragt, eine Beprobung des gesamten für die Anlage des MSC vorgesehenen Areals gemäß BBodSchV durchzuführen. Für die bodenschutzrechtliche Bewertung der zu untersuchenden Fläche sind die in der BBodSchV in Anlage 3, Tabelle 3 angegebenen nutzungsorientierten Beprobungstiefen einzuhalten. Beim Wirkungspfad Boden-Mensch reicht die Beprobungstiefe für Kinderspielflächen und Wohngebiete von 0-10 cm sowie 10-30 cm und bei Park- und Freizeitanlagen von 0-10 cm. Demzufolge war für die zu beprobende Fläche eine Beprobungstiefe von 0-10 cm einzuhalten.

Insgesamt wurde das zu untersuchende Areal in vier Teilflächen unterteilt und die vier Bodenproben analysiert und ausgewertet.

Ergebnis:

Die Analytik der vier Bodenproben auf die in Tabelle 4 und 5 der Anlage 2 der BBodSchV angeführten Parameterspektren ergab mit Ausnahme der polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAK nach EPA) keine Überschreitung der jeweiligen Prüfwerte für Park- und Freizeitanlagen.

Die Proben OBM NW und OBM SW liegen mit PAK-Gehalten von 2,7 und 3,7 mg/kg PAK über dem Prüfwert von 1 mg/kg. Auch der Einzelparameter Benzo(a)pyren weist in den beiden Proben einen erhöhten Wert auf, liegt jedoch noch deutlich unter dem Prüfwert von 1 mg/kg.

Bei der Beprobung der beiden Teilflächen wurden auch in den Resten des letzten Osterfeuers mittels Stechzylinder Proben entnommen. Die dort erkannten Aschen- und Holzkohlereste (s. Anlage 3: Probenprotokolle) bedingen die über den Prüfwerten liegenden PAK-Gehalte.

Bei jedem Verbrennungsprozess von organischem Material, wie z.B. Holz, Kohle o.a., entstehen PAK. Je niedriger die Temperatur bei der Verbrennung ist, umso unvollständiger erfolgt diese und umso mehr PAK entstehen. Bei PAK, die durch Verbrennung in die Umwelt gelangen, spricht man davon, dass sie pyrogen entstanden sind.

Die Stadt Pattensen hat die **Bodenuntersuchung** vorab der Unteren Bodenschutzbehörde zur Prüfung und Bewertung vorgelegt. Am 24.04.2024 teilt die Untere Bodenschutzbehörde mit: *„Nach Vorlage der Untersuchungsergebnisse bestehen bodenschutzrechtlich keine grundsätzlichen Bedenken gegen die aktuelle Planung und die Nutzung der Fläche als Multi-Sport-Court. Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen für den Wirkungspfad Boden-Mensch werden durch die vorgelegten Bodenuntersuchungsergebnisse nicht abgeleitet. Für das Planungsverfahren sind daher keine weiteren Hinweise aufzunehmen.“*

Hinweis: Grundsätzlich ist durch die Untersuchung des Oberbodens festgestellt worden, dass der Oberboden in den Mischprobenfeldern NW und SW erhöhte Fremd-/ Störstoffanteile aufweist. Bei Baumaßnahmen und Erdarbeiten ist sicherzustellen, dass keine Vermischung von Bodenmaterial mit Fremd-/ Störstoffen mit Bodenmaterial ohne Fremd-/ Störstoffe erfolgt. Bodenmaterial mit erhöhten Fremd-/ Störstoffanteilen ist separat auszubauen, zu lagern und die Wiederverwertbarkeit zu prüfen.“

5 Rahmenbedingungen, Zustand des Plangebiets und Einflüsse

Das Plangebiet schließt südlich an den bestehenden Sportplatz an. Es umfasst einen vorhandenen öffentlichen Parkplatz, den östlich daran angrenzenden Osterfeuerplatz und eine Grünlandfläche, auf der sich ein umzäunter Sendemast befindet.

Am südlichen Rand des vorhandenen Sportplatzes befindet sich außerhalb des Plangebiets eine **Pappelreihe** mit überwiegend standortheimischen Gehölzen als Unterwuchs. Eine Beseitigung oder Erhaltung der Pappeln ist somit nicht Gegenstand des hier in Rede stehenden Bauleitplanverfahrens. Unabhängig von dieser Bauleitplanung wird in diesem Zusammenhang auf die Vorschriften der §§ 13 bis 15 BNatschG verwiesen.

Südlich des Plangebiets verläuft die **Schille, ein Gewässer II. Ordnung**. Hierbei handelt es sich um ein Gewässer III-Ordnung. Die Bewirtschaftung des Gewässers erfolgt von der Südseite, außerhalb des Plangebiets. Innerhalb des Plangebiets sind bachbegleitend einige standortheimische Bäume und Gehölze vorhanden. Dort ist der gesetzliche **Gewässerrandstreifen von 5 m Breite** einzuhalten.

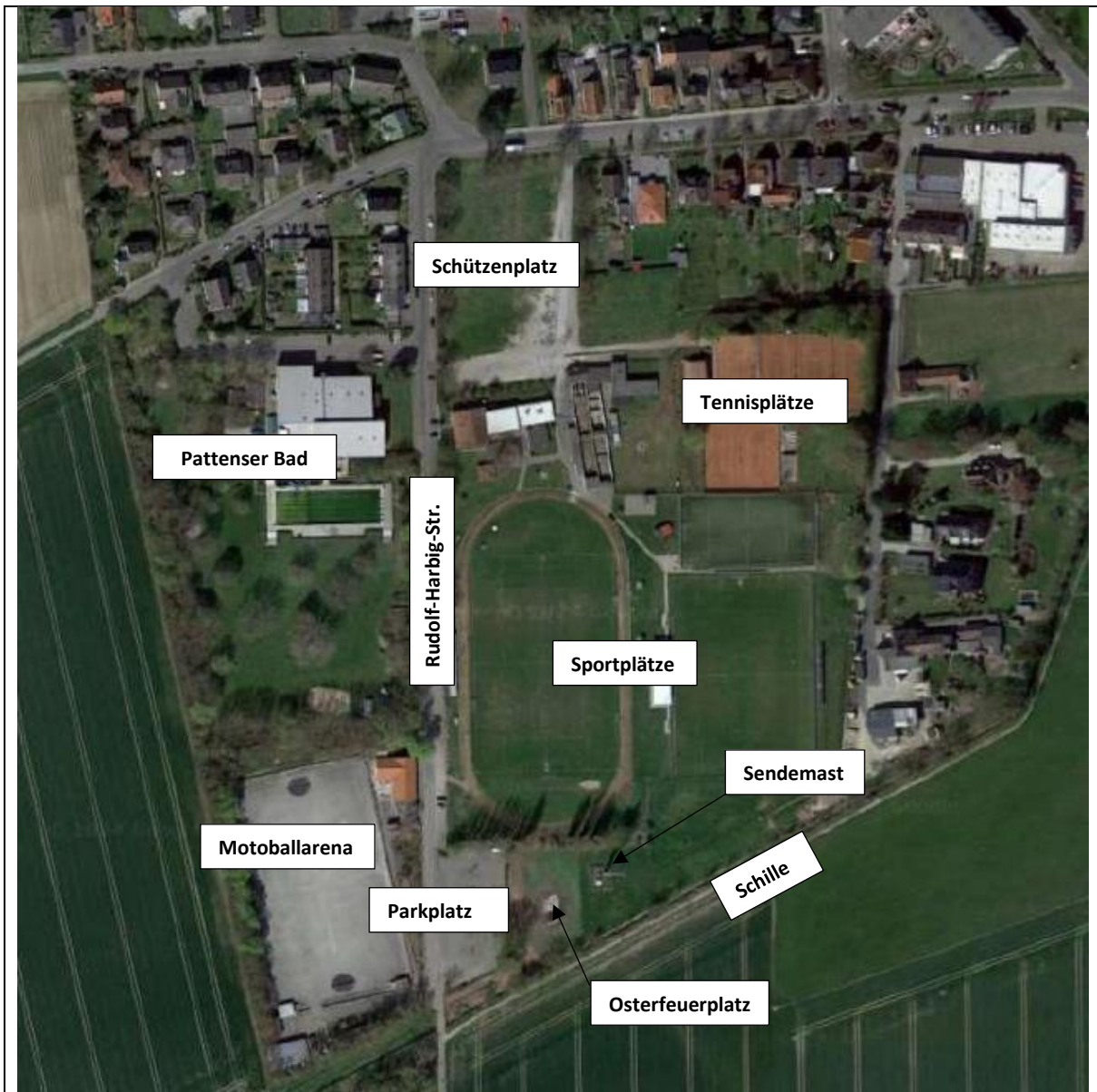
Darüber hinaus ist die **Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. und III. Ordnung und über die Schau der Gewässer III. Ordnung für das Gebiet der Region Hannover (Gewässerunterhaltungsverordnung)** zu beachten. Danach gilt u. a. folgendes:

... In einem Abstand von weniger als 5 m von der Böschungsoberkante des Gewässers dürfen Erdauffüllungen, Abgrabungen und das Ablagern von Holz, Bauschutt, Gartenabfällen und sonstigen Stoffen nicht ausgeführt werden.

... Während der Zeit der Unterhaltung muss in einem 5 m breiten Streifen ab oberer Böschungskante des Gewässers ein 4 m breiter Streifen für Arbeitsgeräte befahrbar sein. Bei auf das Gewässer zulauenden Querzäunen ist eine Durchfahrtsbreite von mindestens 4 m (beginnend 1 m ab der oberen Böschungskante) durch die Anlieger bzw. Hinterlieger zu gewährleisten.

... Anpflanzungen von Gehölzen im Gewässerprofil und innerhalb eines 5 m angrenzenden Streifens, gemessen ab Böschungsoberkante, dürfen nur mit Zustimmung des Unterhaltungspflichtigen vorgenommen werden. Zulässig sind nur gebietsheimische, standortgerechte Gehölze.¹

Es wird darauf hingewiesen, dass die südlich an das Plangebiet angrenzenden Uferbereiche der Schille bereits heute Kompensationsflächen darstellen (Verlegung der B3 südlich Hannover, Ortsumgehung Pattensen), die nicht in ihrer Ausgestaltung, Ausdehnung oder Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden dürfen.²



Luftbild des Plangebiets und der Umgebung

Quelle: Google, bearbeitet

¹ vgl. Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. und III. Ordnung und über die Schau der Gewässer III. Ordnung für das Gebiet der Region Hannover (Gewässerunterhaltungsverordnung)

² Region Hannover, Stellungnahme von 26.10.2023



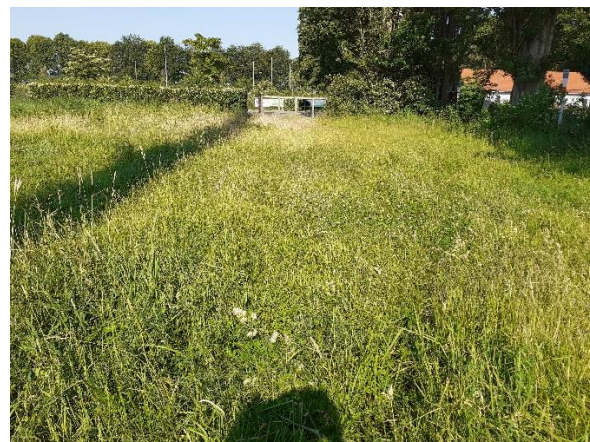
Parkplatz im westlichen Bereich des Plangebiets



Grünlandfläche mit Osterfeuerplatz und Sendemast



Blick über den Parkplatz auf die Motoballarena



Bestehende Zuwegung zum Osterfeuerplatz und zum Sendemast



Baumbestand am östlichen Parkplatzrand



Blick über den Osterfeuerplatz in südwestliche Richtung

Der im Plangebiet bestehende **Parkplatz** wurde tatsächlich etwas größer angelegt als im Bebauungsplan Nr. 116 festgesetzt und weist mit 85 Pkw-Stellplätzen 20 Stellplätze mehr auf als im B-Plan 116 zeichnerisch festgelegt sind. Die Fläche ist mit Betonsteinen befestigt und wird auf zwei Seiten durch eine Ligusterhecke umfasst. Auf dem Parkplatz und am südöstlichen Parkplatzrand stehen einige heimische Großbäume, überwiegend Ahorn sowie eine Birke und eine prägende Eiche.

Der **Osterfeuerplatz** und die Fläche auf der sich der Sendemast befindet stellen sich als Grünland dar.

Der im Plangebiet bestehende **Sendemast des Landes Niedersachsen wird durch die Zentrale Polizeidirektion betrieben**. Der Mast liegt topografisch leicht erhöht und ist mit einem ca. 2,5 m hohen Stahlgitterzaun eingefriedet. Zur Wartung kann der Mast derzeit über den bestehenden Parkplatz und den Osterfeuerplatz hinweg durch ein bestehendes Tor im Bereich der Ligusterhecke erreicht werden.

Durch den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 164 verlaufen zwei überregional bedeutende **Trinkwasserleitungen der Harzwasserwerke GmbH**. Die Leitungstrassen mit Schutzstreifen von zusammen 14 m ist grundsätzlich von Bebauung freizuhalten. Der Leitungsverlauf und die beidseitigen Schutzstreifen sind bei der Ausführungsplanung der Freizeitsportanlage zu berücksichtigen.

Westlich grenzt das Plangebiet an die **Rudolf-Harbig-Straße**, die genauso wie der Parkplatz dem öffentlichen Verkehr gewidmet ist und als Erschließungsstraße eine den Anforderungen entsprechenden Ausbau aufweist.

Westlich der Straße befindet sich die **Motoballarena Pattensen**. „*Motoball ist die schnellste Mannschaftssportart der Welt, bei der zwei Teams (auf Motorrädern) gegeneinander antreten. Ziel des Spiels ist es, den 40 Zentimeter großen und bis zu 1200 Gramm schweren Ball mit dem Fuß ins gegnerische Tor zu befördern.*“³ Dementsprechend wirken auf die Umgebung durch den Spiel- und Trainingsbetrieb verursachte Geräuschimmissionen ein. Auch vom benachbarten Sportplatz gehen durch den Sportbetrieb verursachte **Geräuschemissionen** aus. Eine schalltechnische Überprüfung der auf das Plangebiet einwirkenden Immissionen des Sport- und Freizeitlärms ist im Zusammenhang mit dieser Bauleitplanung nicht erforderlich, da der angestrebte Multi-Sport-Court ebenfalls eine Sportstätte darstellt, für die in Bezug auf die Lärmeinwirkung kein besonderer bzw. andersartiger Schutzanspruch anzusetzen ist. Es ist eine **zeitlich beschränkte Nutzung des Multi-Sport-Courts** vorgesehen. Die Nutzungszeit soll innerhalb des Tageszeitraums liegen und nicht vor 8 Uhr beginnen und vor 22 Uhr enden.

Die **nächstgelegenen Wohngebiete** befinden sich nördlich der Straße *Am Hallenbad* im Bereich der *Schützenallee* sowie im Bereich der Straße *Auf der Bleiche* in ca. 300 m Entfernung. Zwischen dem geplanten Multi-Sport-Court und dieser bestehenden Wohnnutzung befinden sich bereits Sportanlagen, so dass mit dieser Planung kein Heranrücken einer Sport- und Freizeitnutzung an bestehende schutzbedürftige Wohnnutzung verbunden ist. Eine Beeinträchtigung der bestehenden Wohnnutzung durch Geräusche des Multi-Sport-Court ist aufgrund der Entfernung zur Wohnnutzung, der Lage des Plangebiets am südlichen Rand des bestehenden Sportgeländes und des begrenzten Nutzungszeitraums nicht zu erwarten. Eine schalltechnische Untersuchung der **planinduzierten Geräusche** ist somit

³ www.dmsb.de

zur Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und als Nachweis der Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse auf der Ebene des Bebauungsplans nicht erforderlich.

Das Plangebiet liegt in keinen **Schutzgebieten nach §§ 23 bis 27 BNatSchG**, es befinden sich dort auch keine gesetzlich geschützten Biotope, Naturdenkmäler oder geschützte Landschaftsbestandteile (§§ 28 bis 30 BNatSchG). Auch liegt kein gesetzlich geschütztes Grünland vor.

Denkmalgeschützte bauliche Anlagen befinden sich ebenfalls nicht im Plangebiet oder dessen unmittelbarer Umgebung.

Die weitere Umgebung des Plangebiets wird durch **landwirtschaftliche Nutzflächen** geprägt. Von den landwirtschaftlichen Nutzungen und Nutzflächen können im Zuge der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung Emissionen ausgehen, die sich im Plangebiet als Immissionen bemerkbar machen können und hier im Rahmen des ortsüblichen und tolerierbaren Maßes hinzunehmen sind.

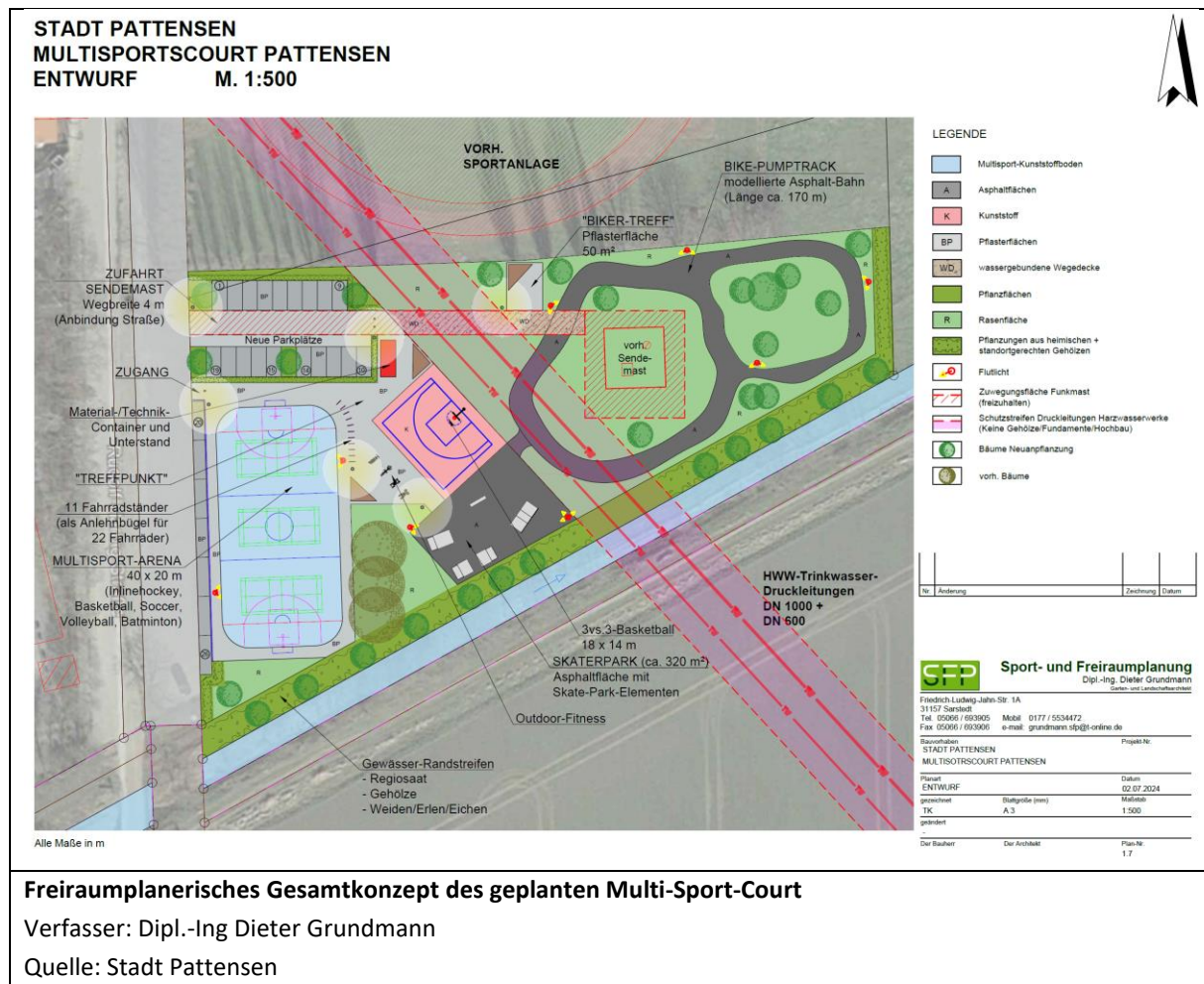
6 Städtebauliches und freiraumplanerisches Konzept, Ziel und Zweck der Planung

Das **städttebauliche Konzept** gründet auf den Darstellungen des genehmigten Flächennutzungsplans der Stadt Pattensen, der im südwestlichen Bereich der Kernstadt Pattensen einen ausgedehnten Sportstätten- und Freizeitbereich vorsieht (vgl. Kap. 4.2). In den vergangenen Jahren sind dort, auf der Grundlage der Darstellungen des Flächennutzungsplans und der verbindlichen Bebauungspläne Nr. 116 und Nr. 129 verschiedene Sport- und Freizeiteinrichtungen entstanden (vgl. Kap. 4.3).

Dieser bestehende Sportstätten- und Freizeitbereich soll kontinuierlich weiterentwickelt, durch zusätzliche Angebote aufgewertet werden, um noch attraktiver in Erscheinung zu treten. Zu diesem Zweck soll auf der bisher im Bebauungsplan als *Parkanlage* vorgesehenen Bereich ein Angebot zur Ausübung von Sportarten geschaffen werden, die das bestehende Vereinsangebot wirkungsvoll ergänzen. Die in diesem Bereich bestehende Fläche, auf der sich bereits ein Sendemast befindet, ist mit ca. 2.400 m² zu klein, um dort gemäß den Vorgaben des Bebauungsplans eine *Parkanlage* anzulegen. Stattdessen soll dieser Bereich in die nördlich angrenzende Sportstättennutzung städtebaulich und freiraumplanerisch einbezogen werden.

Vorgesehen ist die Errichtung eines **Sportplatzes für den Freizeitsport**. Zielgruppe dieses sogenannten **Multi-Sport-Courts** sind insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, für die der „klassische“ Vereinssport nicht immer ein ausreichendes Angebot darstellt. Die Anlage ist als ergänzendes Angebot zu den bestehenden Sportmöglichkeiten konzipiert worden und soll sich in den Grüncharakter der durch Sport- und Freizeiteinrichtungen bestehenden öffentlichen Grünanlage insgesamt einordnen.

Stadt Pattensen
Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“
Begründung und Umweltbericht



In verschiedenen Sitzungen hat eine Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Garten- und Landschaftsarchitekten Dipl.-Ing. Dieter Grundmann vom *Büro Sport- und Freiraumplanung* ein Planungskonzept für den Multi-Sport-Court erarbeitet. Diese Planung sieht im Bereich des derzeitigen Parkplatzes ein Multisportfeld für Hockey, Basketball etc. vor. Eine weitere Fläche soll für Calisthenics genutzt werden. *Calisthenics ist ein intensives körperliches Training in der Öffentlichkeit, bei dem in der Regel mit dem eigenen Körpergewicht trainiert wird.*⁴ Im Zentrum des Geländes ist ein Treffpunkt mit Technikcontainer und ggf. Sonnensegel vorgesehen. Südlich grenzen daran die Flächen der Skatearena an und östlich ist eine Mountainbikestrecke vorgesehen. Neben Befestigungen aus Pflaster, Kunststoff und Asphalt ist auch das Anlegen von Rasenflächen, einer Blühwiese sowie der Erhalt und die Neuplanpflanzung von Bäumen und anderen Gehölzen vorgesehen.

Im **frühzeitigen Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB** haben sich neue Gesichtspunkte ergeben, die in die Projektplanung noch nicht eingeflossen sind. Da durch das Plangebiet zwei bedeutende Trinkwasserleitungen verlaufen, ist eine im Bereich der Leitungstrasse eine Gesamtschutzstreifenbreite von 14 m einzuhalten. Zudem ist die Nutzung entlang der südlich verlaufenden Schille (Gewässer 2. Ordnung) auf 5 m Breite durch die Gewässerunterhaltungsverordnung der Region Hannover

⁴ www.prinz-sportlich.de

eingeschränkt. Aufgrund dieser Anforderungen ist, die Projektplanung noch einmal überarbeitet und angepasst worden.

Der bisher im westlichen Bereich des Geländes bestehende **Parkplatz** wird an den nordwestlichen Rand des Plangebiets verlagert. Zusätzlich sind entlang der *Rudolph-Harbig-Straße* einige Stellplätze parallel zum Starenverlauf vorgesehen. Insgesamt verbleiben rund 25 Pkw-Stellplätze zugunsten der neuen Sportfläche. Außerdem sind zusätzlich Fahrradständer vorgesehen.

Die eingezäunten Bereiche des bestehenden **Sendemastes** werden unverändert in die Planung übernommen.

Mit diesem Bebauungsplan sind außerdem folgende städtebaulichen und sonstigen **Ziele und Zwecke** verbunden:

- Berücksichtigung der Belange von Sport, Freizeit und Erholung der Bevölkerung, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen,
- Einbindung des neuen Multi-Sport-Court in die durch Sport- und Freizeiteinrichtungen geprägte bestehende öffentliche Grünanlage,
- flächensparende Erschließung und sparsamer Umgang mit Grund und Boden,
- Beachtung und Vermeidung von Beeinträchtigungen der das Plangebiet kreuzenden Trinkwasserleitungen durch die Berücksichtigung der erforderlichen Schutzstreifen,
- Berücksichtigung der Anforderungen an den Gewässerschutz, durch die Einhaltung eines ausreichenden Uferrandstreifens,
- Sicherstellung der Anforderungen zum Betrieb des auf dem Gelände bestehenden Funkmastes,
- Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes,
- Minderung und Kompensation der Eingriffe in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und in das Landschaftsbild.

7 Verbindliche Festsetzungen

Die verbindlichen Festsetzungen dieses Bebauungsplans für die städtebauliche Ordnung schaffen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der im Kap. 6 beschriebenen Konzeption und zum Erreichen der städtebaulichen Ziele. Maßgeblich für die Festsetzungen sind die im Kapitel 1 aufgeführten Gesetzesgrundlagen.

Nachfolgend sind die bauleitplanerischen Regelungen des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ aufgeführt (*kursiv* geschrieben) und begründet.

7.1 Öffentliche Grünfläche „Sportplatz (Multi-Sport-Court)“

Innerhalb der öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Sportplatz (Multi-Sport-Court)“ ist ein Sportplatz mit Anlagen und Einrichtungen zulässig, die dem Freizeitsport dienen. Insbesondere sind folgende Anlagen und Einrichtungen zulässig:

- *Multisportfeld bzw. Bolzplatz mit maximal 800 m² Grundfläche,*
- *Skate- und Bikeanlage,*
- *Sport- und Spielgeräte,*
- *eingeschossige Lagergebäude sowie Gebäude und Überdachungen, die dem vorübergehenden Aufenthalt dienen, mit insgesamt maximal 60 m² Grundfläche,*

Die übrigen Flächen sind als Rasenflächen, Blühwiese und sonstigen Bepflanzungen sowie mit Gehölzen zu gestalten, um den Grünanlagencharakter zu gewährleisten. Zu diesem Zweck ist unter Einbeziehung der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 2), ist eine Durchgrünung und Rahmenbegrünung zu entwickeln, die den Charakter der Fläche mitprägt.

Auf Grundlage der Flächennutzungsplandarstellung *Grünflächen* setzt der Bebauungsplan anstelle der bisher vorgesehen Parkanlage und im nördlichen Bereich des bestehenden Parkplatzes eine **öffentliche Grünfläche** mit der **Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)** gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB fest. In der Vorentwurfsfassung war noch die Aueisung eines *sonstigen Sondergebiets* gem. § 11 BauGB vorgesehen. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass die Festsetzung eines Sondergebiets jedoch nicht zielführend ist, da sie von den Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht und der vorgesehene Sportplatz (Multi-Sport-Court) mit Anlagen und Einrichtungen, die dem Freizeitsport dienen als Bestandteil der übrigen bereits bestehenden flächenintensiven Sport- und Freizeiteinrichtungen zu werten ist und deshalb kein Baugebiet im Sinne der BauNVO darstellt.

Die festgesetzte **Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)** ermöglicht die Errichtung verschiedener Anlagen und Einrichtungen für den Freizeitsport innerhalb der öffentlichen Grünfläche. Exemplarisch sind, auf der Grundlage des Planungskonzepts für den Multi-Sport-Court, *Multisportfeld / Bolzplatz, Skateanlage, Sport- und Spielgeräte sowie Anlagen zur Lagerung und Gebäude bzw. Überdachungen, die dem vorübergehenden Aufenthalt dienen* textlich festgesetzt worden. Dabei wird die zulässige Grundfläche von flächenintensiven versiegelnden Anlagen begrenzt, um den Grünflächencharakter insgesamt zu gewährleisten.

Auch wenn es sich beim Multisportfeld / Bolzplatz und der Skateanlage um weitgehend versiegelte Flächen handelt, ist eine Grünflächenfestsetzung dann gerechtfertigt, wenn die Anlagen eine Rahmenbegrünung aufweisen, die den Charakter der Fläche mitprägen, und sich in den Grüncharakter der Grünanlage insgesamt einordnen. Diese Anforderung wird erfüllt, da das Plangebiet einerseits Bestandteil der ausgedehnten bereits verbindlich festgesetzten öffentlichen Grünflächen im südwestlichen Bereich von Pattensen bleibt und der Bebauungsplan zudem durch textliche Festsetzung regelt, dass die verbleibenden Flächen als Rasenflächen, Blühwiese und sonstige Bepflanzungen sowie mit Gehölzen zu gestalten sind, um den Grünanlagencharakter zu gewährleisten.

Zu diesem Zweck ist auch unter Einbeziehung der *Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (vgl. Kap. 7.4)*, eine Durchgrünung und Rahmenbegrünung zu entwickeln, die den Charakter der Fläche mitprägt.

7.2 Straßenverkehrsflächen und Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung Parkplatz

Straßenverkehrsflächen

Um ein Wenden für ein dreiachsiges Müllfahrzeug zu ermöglichen, setzt der Bebauungsplan eingangs des vorgesehenen Parkplatzes eine öffentliche Straßenverkehrsfläche als Wendeplatz mit einer ausreichenden Dimensionierung fest.

Verkehrsflächen mit der Zweckbestimmung Parkplatz

Da aufgrund der Einschränkungen durch den Sendemast und die das Plangebiet querenden Hauptwasserleitungen mit entsprechenden Schutzstreifen das Multisportfeld nur im südöstlichen Teil des Plangebiets angeordnet werden kann, muss der am westlichen Rand des Plangebiets bestehende Parkplatz verlagert werden. Den neu anzulegenden Parkplatz für rund 20 Pkw im nordwestlichen Bereich des Plangebiets und die zusätzlich vorgesehen ca. 8 Pkw-Stellplätze parallel zur *Rudolph-Harbig-Straße* setzt der Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als *Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung mit der Zweckbestimmung Parkplatz* fest.

Zur **Deckung des Parkplatzbedarfs** im Geltungsbereich des B-Plans 116 „Sportgelände“ wurde durch den seinerzeit zuständigen Landkreis Springe *in diesem Gebiet der Nachweis von 400 Kraftfahrzeug-Einstellplätzen gefordert. Der Rat der Stadt Pattensen hat als Träger der Bauleitplanung dieser Forderung am 28. September 1967 zugestimmt. Die Parkplätze sind demnach auf dem Schützenplatz, auf dem Hüpeder Feldweg und am Südrand des Motoballplatzes ausgewiesen worden.*⁵

Gemäß Bauschein 3/58/0 für das Bauvorhaben „Neubau einer Sportplatzanlage – I Bauabschnitt“ vom 19. September 1968 *sind die im Bebauungsplan Nr. 116 ausgewiesenen Einstellplätze anzulegen, zu befestigen und für den bestimmten Zweck freizuhalten.* Diese Auflage betrifft auch den im B-Plan 116 festgesetzten Parkplatz, der durch den hier in Rede stehenden Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ neu überplant und verkleinert wird.

Dieser im Plangebiet bestehende Parkplatz wurde tatsächlich etwas größer angelegt als im Bebauungsplan Nr. 116 festgesetzt und weist mit 85 Pkw-Stellplätzen 20 Stellplätze mehr auf als die 65, welche im B-Plan 116 derzeit zeichnerisch festgesetzt sind. Dieser Parkplatz wird nun verlagert, um das Multisportfeld errichten zu können. Zukünftig werden im Plangebiet ca. 28 Parkplätze (25 Plätze auf dem Parkplatz und 3 parallel zur Straße) vorgehalten. Auf dem Gelände der Motoballarena bestehen zudem *27 ausgewiesene Parkplätze.*⁶ Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass auch nach Umsetzung der hier in Rede stehenden Planung eine ausreichende Anzahl von Pkw-Stellplätzen für die Sportstätten zur Verfügung stehen wird.

7.3 Flächen für Versorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung Sendeanlage

Auf dem Gelände befindet sich ein umzäunter **Sendemast des Landes Niedersachsen, der von der Zentralen Polizeidirektion** betrieben wird. Das umzäunte Gelände des Sendemastes setzt der

⁵ Quelle: Schreiben Landkreis Springe an den MSC Pattensen, vom 20.12.1967 (Geschäftszeichen: 60.3/58/0)

⁶ Quelle: Bauantrag zum Neubau eines Clubhauses für den MSC Pattensen vom 15.11.1999

Bebauungsplan als *Fläche für Versorgungsanlagen* gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB mit der *Zweckbestimmung Sendeanlage* fest.

Das **Dezernat 43 der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen** ist zuständig für Planung, Bau und Betrieb des niedersächsischen BOS-Digitalfunknetzes und stellt landesweit die Kommunikationsinfrastruktur aller Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Rettungsdienste, Feuerwehr, Polizei...) sicher. Diesem Zweck dient auch der Mast in Pattensen. Das Dezernat 43 der Zentralen Polizeidirektion hat am 22.05.2024 zur Planung Stellung genommen. Zudem fand ein Abstimmungsgespräch zwischen der Stadt Pattensen und der Zentralen Polizeidirektion statt. Im Zusammenhang mit dem Vorhaben sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Der uneingeschränkte 24/7-Zugang zu dem Mast muss zwingend erhalten bleiben.
- Die Zuwegung muss jederzeit auch mit einem Transporter („Sprinter-Klasse“) befahrbar sein (kommt selten vor, muss aber jederzeit gesichert sein).
Entsprechend dieser Anforderungen muss die Zufahrt so gestaltet sein, dass sie durch die Nutzung keinen Schaden erleidet.
- Die Anlage darf durch den zu erwartenden Aufenthalt von Menschen nicht gefährdet werden, mögliche Sabotage(-versuche) werden als Sicherheitsvorfall betrachtet und entsprechend verfolgt.
- Hinsichtlich des Blitzschutzes im Umfeld des Mastes müssen bei der Ausführung geeignete Maßnahmen umgesetzt werden.

7.4 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Gewässerrandstreifen und Kompensationsmaßnahme

Innerhalb der festgesetzten Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist ein naturnaher Uferrandstreifen entlang der Schille zu entwickeln. Die Fläche ist mit einer Regio-Saatgutmischung für die Region U 6: Oberes Weser- und Leinebergland mit Harz für den Bereich Ufer anzusäen.

Zusätzlich sind 30 % der Fläche mit geeigneten Gehölzen der Weich- und Hartholzaue wie Weiden, Erlen oder Eichen zu bepflanzen. Es sind ausschließlich gebietsheimische Gehölze zu verwenden. Der bestehende Gehölzbestand kann bei der Gestaltung der Fläche einbezogen und angerechnet werden.

Gehölzqualität der Neupflanzungen: Sträucher mind. zweimal verpflanzt, 60 – 100 cm hoch; Bäume als Hochstamm, mind. zweimal verpflanzt, 12 -14 cm Stammumfang.

Hinweis: Der Blühstreifen ist ein- bis zweimal im Jahr zu mähen, das Mähgut ist zu entsorgen. Der erste Mähtermin sollte nicht vor dem 15.07. liegen. Die Fläche zwischen den Gehölzen ist mit zu mähen, dabei sind die gepflanzten Bäume und Sträucher sowie vereinzelt neu aufblühende Gehölze zu schonen.

Innerhalb der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind bauliche Anlagen jeglicher Art unzulässig.

Die südlich des Plangebiets verlaufende **Schille** ist ein Gewässer II. Ordnung. Gemäß § 58 Abs. 1 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) zu § Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG) ist an Gewässern II-Ordnung der Gewässerrandstreifen 5 m breit. Soweit dies im Hinblick auf die Funktionen der Gewässerrandstreifen nach § 38 Abs. 1 WHG erforderlich ist, kann die Wasserbehörde gem. § 58 Abs. 2 NWG anordnen, dass Gewässerrandstreifen mit standortgerechten Gehölzen bepflanzt oder sonst mit einer geschlossenen Pflanzendecke versehen werden, die Art der Bepflanzung und die Pflege der Gewässerrandstreifen regeln und die Errichtung baulicher Anlagen auf Gewässerrandstreifen untersagen.

Darüber hinaus ist die **Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. und III. Ordnung und über die Schau der Gewässer III. Ordnung für das Gebiet der Region Hannover (Gewässerunterhaltungsverordnung)** zu beachten. *Insbesondere sind Anpflanzungen von Gehölzen im Gewässerprofil und innerhalb eines 5 m angrenzenden Streifens, gemessen ab Böschungsoberkante, dürfen nur mit Zustimmung des Unterhaltungspflichtigen vorgenommen werden. Zulässig sind nur gebietsheimische, standortgerechte Gehölze.*⁷

Zum Schutz des Fließgewässers, zur Eingrünung der Freizeitsportanlage und als Kompensationsmaßnahme wird entlang der *Schille* ein Gewässerrandstreifen als *Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft* gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzt. Dieser soll einerseits durch punktuelle Bepflanzung mit geeigneten Gehölzen der Aue eine Beschattung des Gewässers und damit auch eine geringere Verkräutung des Bachlaufs erwirken. Der bestehende Gehölzbestand kann bei der Gestaltung der Fläche einbezogen werden.

Der Blühstreifen soll im Bereich des 5 m breiten Gewässerrandstreifens als Pflegestreifen zur besseren Gewässerunterhaltung fungieren, gleichzeitig wird dadurch die biologische Vielfalt entlang des Gewässers gefördert.

Die Bepflanzung ist vorab mit der Unteren Wasserbehörde der Region Hannover einvernehmlich abzustimmen.

Im östlichen Teil des Plangebiets ist im Bereich des Flurstücks 422/1 die *Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft* in einer Breite von 13 m festgesetzt. Sie umfasst damit eine bisher im Bebauungsplan Nr. 129 festgesetzte *Fläche für die Wasserwirtschaft* und einen daran angrenzenden festgesetzten *Fußweg*. Durch die in diesem Bereich vorgesehene Extensivierung als Blühstreifen bzw. Blühwiese und das Anpflanzung von Gehölzen auf 30% der Fläche kann eine Kompensation der mit dieser Bauleitplanung verbundenen Eingriffe erreicht werden.

Das Verbot baulicher Anlagen erfolgt entsprechend der gesetzlichen Regelung für Gewässerrandstreifen (§ 38 WHG) und der Unterhaltungsverordnung.

Um die Gewässerunterhaltung zu gewährleisten, setzt der Bebauungsplan ein *Geh-, Fahr- und Leitungsrecht* fest (vgl. Kap.7.5).

⁷ vgl. Verordnung über die Unterhaltung der Gewässer II. und III. Ordnung und über die Schau der Gewässer III. Ordnung für das Gebiet der Region Hannover (Gewässerunterhaltungsverordnung)

Es wird darauf hingewiesen, dass die südlich an das Plangebiet angrenzenden Uferbereiche der Schille bereits heute Kompensationsflächen darstellen (Verlegung der B3 südlich Hannover, Ortsumgehung Pattensen), die nicht in ihrer Ausgestaltung, Ausdehnung oder Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werden dürfen.

Erhaltung von Bäumen

Im Plangebiet bestehen einige Bäume, deren Erhalt durch zeichnerische Festsetzung gesichert wird. Hierbei handelt es sich um die bereits beschriebene Eiche und eine Birke am östlichen Rand des Parkplatzes sowie einen weiteren Laubbaum im südwestlichen Parkplatzbereich.

Bodenschutz

Für das Schutzgut Boden werden folgende Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen:

Es ist unzulässig, Abfälle, Fremd- und Störstoffe (z. B. Bauschutt, Ziegel/ Ziegelbruch, Glas, Holz, Metall, Schlacken, Plastik etc.) in den durchwurzelbaren Boden bis 2 m u GOK einzubringen oder einzuarbeiten. Eingebraachte oder eingearbeitete Abfälle, Fremd- und/ oder Störstoffe sind zu beseitigen.

Durchwurzelbare Böden dürfen keine Bodenschadverdichtung aufweisen. Bodenschadverdichtungen liegen im Boden bis 1,5 m u GOK vor bei einer Luftkapazität von < 5 Vol-%, einer gesättigten Wasserleitfähigkeit von < 10 cm/Tag und bei einer Lagerungsdichte der Stufe 4 und 5. Der Eindringwiderstand soll 2 MPa bei 80 – 100 % Feldkapazität nicht überschreiten.

Die oberste Bodenschicht ist durch durchwurzelbare Böden von 0 – 0,3 m u GOK mit humosem Oberboden (Mutterboden) mit einem Corg-Gehalt (gesamter organischer Kohlenstoff) von mindestens 1 Masse-% herzustellen.

7.5 Mit Geh- Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

Die Geh-, Fahr- und Leitungsrechte sind wie folgt festgesetzt:

GFL1: *Zugunsten der Harzwasserwerke GmbH bzw. des Betreibers der bestehenden Trinkwasserleitung.*

GFL2: *Zugunsten des Landes Niedersachsen bzw. des Betreibers der bestehenden der Sendeanlage.*

GFL3: *Zugunsten des Unterhaltungspflichtigen für die Gewässerbewirtschaftung der Schille.*

Ein Verschieben der festgesetzten Flächen für Geh-, Fahr- und Leitungsrechte ist zulässig, sofern das Erschließungsziel gewahrt bleibt.

Der Bebauungsplan sieht drei mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB vor.

Das **GFL1** betrifft die Zugänglichkeit und Absicherung der bestehenden Trinkwasserleitungen *WL Grane-West*, mit einem Durchmesser von 1000 mm und **WL Söse-Nord** mit einem Durchmesser von 600 mm, der **Harzwasserwerke**.

Die Harzwasserwerke weisen auf folgendes hin: Oberhalb der Leitungen ist ein betriebseigenes Steuer- und Fernmeldekabel verlegt. Die Leitungen liegen in der Regel in einem nach DVGW-Arbeitsblatt W 400-1 vorgeschriebenen Schutzstreifen von 10 m (*Grane-West*) und 8 m (*Söse-Nord*) Breite. Der Abstand der parallel verlaufenden Leitungen liegt bei ca. 5 m, wodurch sich eine Gesamtschutzstreifenbreite von 14 m ergibt. Auf dem Schutzstreifen dürfen Veränderungen jedweder Art (z. B. Errichtung von Bauwerken jeder Art, Verlegung von Fahrbahndecken, Bepflanzung mit Bäumen, Einfriedung, aufschütten von Wällen etc.) nur mit Einwilligung der Harzwasserwerke GmbH durchgeführt werden, eine Zugänglichkeit zu den Leitungen ist zu jederzeit zu gewährleisten. Es ist zwingend erforderlich, dass die Abstände nach DVGW-Arbeitsblatt 400-1 und genannte Auflagen jederzeit eingehalten werden. Im Bereich der Leitung darf kein Abtrag und keine Erhöhung des Geländes vorgenommen werden. Der 14 m breite Geländestreifen ist frei von jeglicher Bepflanzung und Einfriedung zu halten, um die Zugänglichkeit in jedem Fall gewährleisten. Bei der Planung und Verlegung neuer Versorgungs- und Entsorgungsleitungen ist zu beachten, dass bei Kreuzungen ein lichter Abstand von 0,5 m zu Wasserleitung der Harzwasserwerke einzuhalten und im rechten Winkel auszuführen ist. Bei einer Dükerung ist die aus dem Mindestabstand resultierende Verlegetiefe im ganzen Kreuzungsbereich innerhalb der Schutzstreifenbreite am offenen Kabelgraben nachzuweisen. Bei einer Parallelverlegung und Einrichtung oder Erneuerung von Einzelbauwerken ist gemäß DVGW-Arbeitsblatt W 400-1 ein Achsabstand von 5,0 m bei einem Leitungsdurchmesser DN 1000 vorzusehen und im darüber liegenden Trassenband zu verlegen. Im Achsabstand von 1,0 m zur Leitung der Harzwasserwerke sind Such- und Schachtarbeiten ausschließlich in Handschachtung durchzuführen. Die Verlegung mittels Erdrakete, Horizontalspülbohrung, Fräse o. ä. ist im Nahbereich der Leitung nicht gestattet. Die Einhaltung der Abstände ist am offenen Rohrgraben nachzuweisen. Der Rohrgraben darf erst, nachdem die Vermessungsabteilung der Harzwasserwerke alle neu verlegten Leitungen aufgemessen hat, verfüllt werden.

Bei jeglichen Arbeiten in Leitungsnähe benötigen die Harzwasserwerke zur Abschätzung notwendiger Sicherungsmaßnahmen an den Wasserleitungen entsprechende Planunterlagen zu dem Bauvorhaben.⁸

Die Leitungen und der Schutzstreifen werden auf Grundlage der vorliegenden Trassenpläne in den Bebauungsplan übernommen. Die Stadt Pattensen wird die Einmessung der Leitungen in Abstimmung mit den Harzwasserwerken rechtzeitig veranlassen.

Sofern noch nicht erfolgt, soll die Wasserleitung und die jederzeitige Zugänglichkeit für den Betreiber durch eine entsprechende Grunddienstbarkeit abgesichert werden. Hierzu setzt der Bebauungsplan ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht fest, welches die Breite des Schutzstreifens umfasst.

Durch das **GFL2** wird die Zugänglichkeit der bestehenden Sendeanlage gewährleistet. Bei der weiteren Projektplanung ist die Erreichbarkeit und Anfahrbarkeit der Anlage zu berücksichtigen. Sofern noch

⁸ Harzwasserwerke, Stellungnahme vom 26.10.2023

nicht erfolgt, soll die jederzeitige Zugänglichkeit der Versorgungsfläche für den Betreiber durch eine entsprechende Grunddienstbarkeit abgesichert werden.

Das **GFL3** betrifft den 5 m breiten Uferrandstreifen der Schille. Die Nutzung beiderseits der Gewässer ist durch die Gewässerunterhaltungsverordnung der Region Hannover eingeschränkt. Dort gilt entsprechendes Fahrrecht.

Die *Geh-, Fahr- und Leitungsrechte* können verschoben werden, falls sich im Zuge der weiteren Projektplanung oder aufgrund von Anforderungen der jeweiligen Betreiber eine entsprechende Notwendigkeit ergibt.

7.6 Eingriffsregelung, Kompensationsmaßnahme, Artenschutz und CEF-Maßnahmen

Mit der Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Multi-Sport-Court“ wird eine höhere Versiegelung einhergehen, als bei der ursprünglich festgesetzten Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“. Dieser höheren Versiegelung steht allerdings der Wegfall einer öffentlichen Verkehrsfläche und einer verringerten Flächengröße des Parkplatzbereichs gegenüber.

Der Verursacher eines Eingriffs ist nach § 15 Abs. 1 und 2 BNatSchG verpflichtet, vermeidbare Eingriffe von Natur und Landschaft zu unterlassen und unvermeidbare Eingriffe durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahme) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahme).

Es sind folgende **erhebliche Eingriffe in Natur** und Landschaft zu erwarten:

- Bodenversiegelungen

Durch die Festsetzungen des B-Plans wird die Realisierung eines „Multi-Sport-Courts“ ermöglicht. Hierbei handelt es sich um eine Freizeitsportanlage, deren Versiegelungsgrad größer ist, als der bisher festgesetzten Parkanlage. Diese Versiegelungen durch die Freizeitsportanlagen wirken sich vor allem auf das **Schutzgut Boden und den Wasserhaushalt** negativ aus.

- Zerstörung von Pflanzengesellschaften

Durch die Bodenbefestigungen und -versiegelungen werden Wiesen- und Weideflächen beansprucht bzw. zerstört. Teilweise sind auch Gehölze betroffen. Geschützte Arten und Biotope sind allerdings nicht betroffen.

Vor allem die Bodenversiegelung durch die Freizeitsportanlagen ist als erheblicher Eingriff in Natur und Landschaft zu werten, sodass die Eingriffsregelung gemäß § 1a BauGB i. V. m. § 18 BNatSchG bei der Aufstellung des Bebauungsplans anzuwenden ist. Der Eingriff in das Schutzgut Boden wird durch eine Kompensationsfläche innerhalb des Geltungsbereichs ausgeglichen.

Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes

Das Landschaftsbild wird durch die Festsetzungen **nicht erheblich** beeinträchtigt, da keine Hochbauten/Gebäude ermöglicht werden.

Artenschutzrechtliche Belange

Das Vorhaben stellt laut Gutachten **keine erhebliche Beeinträchtigung** der Avifauna sowie Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG dar.

Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen

Durch zeichnerische und textliche Festsetzungen sollen die Belange von Natur und Landschaft bei der Aufstellung des Bebauungsplans berücksichtigt werden. Es werden folgende Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 1a BauGB festgesetzt bzw. in die Hinweise übernommen:

- Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen
 - Baufeldfreimachung nur außerhalb der gesetzlich festgelegten Brutzeiten.
 - Versickerung/Rückhaltung des Oberflächenwassers auf dem Gelände.
 - Maßvoller Einsatz von Beleuchtung, Verwendung insektenfreundlicher Leuchtmittel und geschlossener, blendfreier Leuchten.
 - Begrenzung der Versiegelung durch konkrete maximale Flächenangaben für einzelne Anlagen und Einrichtungen.
- Ausgleichsmaßnahmen
 - Festsetzungen einer Maßnahmenfläche zur Pflege, Entwicklung und Schutz von Boden, Natur und Landschaft. Hier werden die Eingriffe in Boden durch Ansaaten von Regiosaatgut zur Entwicklung von Extensivgrünland und der Anpflanzung von gebietsheimischen, standortgerechten Gehölzpflanzungen kompensiert.
 - Dies hat auch Synergieeffekte für den Artenschutz (Gehölzbewohnende Vögel).
 - Zudem wird das Gewässer durch einen extensiv gepflegten Gewässerrandstreifen geschützt.

Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung

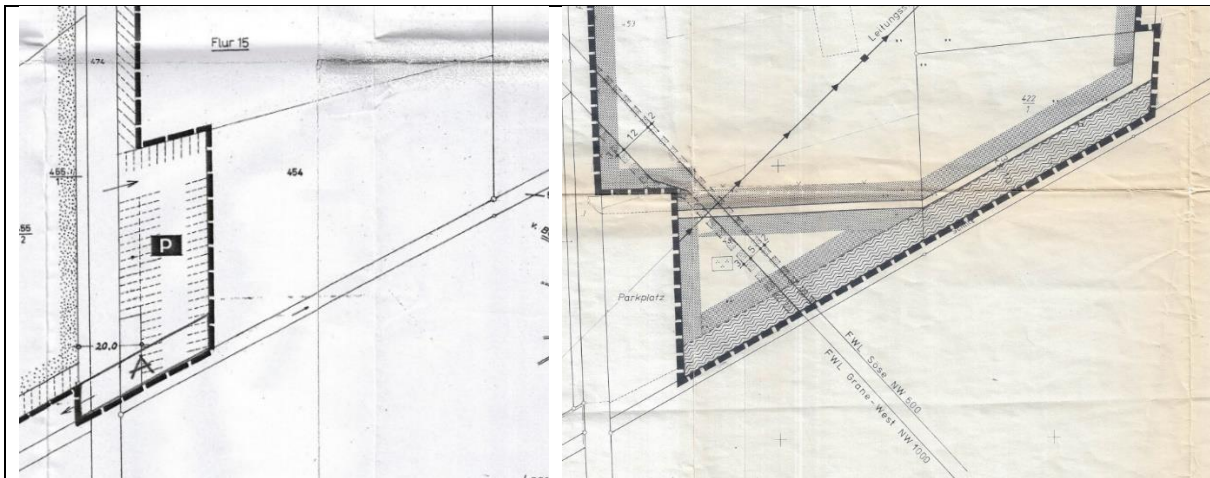
Da die geplanten Eingriffe in das Schutzgut Boden als erheblich im Sinne des Gesetzes eingestuft werden, muss die Eingriffsregelung nach § 14 BNatSchG angewendet werden.

Die Bilanzierung der Eingriffe durch diese Bauleitplanung und Gegenüberstellung der Planung erfolgt in Anlehnung an die Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung des niedersächsischen Städtetags 2013⁹.

Da das Plangebiet innerhalb der Geltungsbereiche bereits rechtskräftiger Bebauungspläne liegt, ist bei der Eingriffsbilanzierung nicht auf den aktuellen Zustand des Plangebiets abzustellen, sondern es ist der sogenannte plangegebene bzw. baurechtlich zulässige Zustand als Ausgangssituation (Ist-Zustand) in die Flächenbilanz einzustellen. Hierbei handelt es sich um den Zustand, der durch die Festsetzungen

⁹ Niedersächsischer Städtetag (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung. 9. völlig überarbeitete Auflage; Hannover.

der bestehenden Bebauungspläne planungsrechtlich zulässig ist (siehe nachfolgende Bebauungsplan-ausschnitte).



Ausschnitt B-Plan Nr.116 (unmaßstäblich)

Quelle: Stadt Pattensen

Ausschnitt B-Plan Nr.129 (unmaßstäblich)

Quelle: Stadt Pattensen

Dieser baurechtlich zulässige Zustand als Ausgangssituation wird in der nachfolgenden **Bilanztafel** dem durch den Bebauungsplan Nr. 164 festgesetzten Zustand (Soll-Zustand) gegenübergestellt.

Die Gegenüberstellung vom Ist-Zustand gemäß den Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 116 und Nr. 129 mit der Planung ergibt einen rechnerischen **Kompensationsüberschuss in Höhe von 848 Werteinheiten**. Somit sind externe Ausgleichsmaßnahmen für den Eingriff in das Schutzgut Boden nicht erforderlich.

Da die in diesem Bebauungsplan festgesetzte *Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft* in voller Flächengröße durch die Stadt Pattensen hergestellt wird, besteht die Möglichkeit den Kompensationsüberschuss in der Größenordnung von 848 Werteinheiten zum Ausgleich der Eingriffe durch andere Bauleitplanungen im Sinne eines Flächenpools zu nutzen.

Gegenüberstellung von Bestand und Planung (Ist-Soll-Bilanz)			
Ist-Zustand gem. Festsetzungen B-Pläne 116 und 129	Fläche¹⁾ in m²	Wertfaktor²⁾	Werteinheiten³⁾
Festsetzung/Biototyp			
Verkehrsfläche Parkplatz (OVS)	2.100	0	0
Fußweg (OVS)	540	0	0
Öffentliche Grünfläche Parkanlage (PAN/PAI)	2.445	2	4.890
Flächen für die Wasserwirtschaft	2.221	2	4.442
Summe Ist-Zustand:	7.306		9.332
Soll-Zustand gem. Festsetzungen B-Plan 164			
Öffentliche Grünfläche Sportplatz (Multi-Sports-Court) (sonstige Sport-, Spiel- und Freizeitanlage (PSZ))	4.621	1	4.621
Flächen für Versorgungsanlagen	100	0	0
Flächen für Maßnahmen (Artenarmes Extensivgrünland/Baum-Strauch-Hecke) (GE/HFM)	1.853	3	5.559
Straßenverkehrsfläche	125	0	0
Verkehrsfläche Parkplatz (OVS)	607	0	0
Summe Soll-Zustand:	7.306		10.180
Ist-Soll- Bilanz			
Werteinheiten Soll-Zustand gemäß B-Plan-Festsetzungen			10.180
abzüglich Werteinheiten Ist-Zustand			9.332
Ist-Soll-Bilanz:			848
<u>Erläuterungen:</u> ¹⁾ Alle Flächenangaben gerundet; Flächenangaben in Klammer sind nicht in die Flächenaddition eingerechnet; ²⁾ Wertfaktoren in Anlehnung an das Berechnungsmodell des NDS. STÄDTETAG (2013); ³⁾ Zahlen gerundet.			

Artenschutzrechtliche Hinweise

Die artenschutzrechtlichen Verbote nach § 44 BNatSchG gelten unabhängig vom Bebauungsplan und unabhängig von Baugenehmigungen.

Auf die Vorgaben des Artenschutzes ist insbesondere zu achten, wenn mit der Bebauung bislang unbebauter Flächen begonnen werden soll. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass es im Zuge der Baumaßnahmen, insbesondere bei Abrissarbeiten, Gehölzfällungen, Gehölzrodungen, Bodenabtrag oder sonstigen Arbeiten der Baufeldfreimachung zu keinen artenschutzrechtlichen Verbotsstatbeständen nach § 44 BNatSchG, z. B. Tötung von Vögeln, Zerstörung von Gelegen, erhebliche Beeinträchtigung oder Störung geschützter wild lebender Tier- und Pflanzenarten kommt.

Baufeldfreimachungen sollten grundsätzlich außerhalb der Brutzeiten zwischen 1. September und 31. März erfolgen. Nur wenn durch einen Fachgutachter keine aktuellen Brutstätten nachgewiesen werden, kann die Baufeldfreimachung auch innerhalb der Brutzeit erfolgen, ohne dass die Verbotstatbestände gemäß § 44 BNatSchG ausgelöst werden.

Für Ansaaten und die Verwendung von Gehölzen zur freien Landschaft ist nach § 40 BNatSchG seit 1. März 2020 autochthones Pflanz- bzw. Saatmaterial zu verwenden. Für die Gehölzpflanzungen und Ansaaten im Plangebiet sind daher gebietsheimische Gehölz und zertifiziertes Saatgut der Region Oberes Weser- und Leinebergland mit Harz (UG 6) zu verwenden.

Bei Unklarheiten oder beim Auffinden verletzter Tiere (z. B. Vögel, Fledermäuse) ist die Untere Naturschutzbehörde der Region Hannover einzubinden.

Zum Insektenschutz ist bei Außenbeleuchtungen folgendes zu beachten:

- Verwendung von insektenverträglichen Leuchtmitteln mit einem eingeschränkten Spektralbereich (Spektralbereich 570 bis 630 nm), wie z. B. warmweiße LED (3000-2700 K). Sofern diese in bestimmten Bereichen aufgrund der Anforderungen an die Arbeitssicherheit etc. nicht verwendet werden können, sind andere insektenverträgliche Leuchtmittel nach dem Stand der Technik ausnahmsweise zulässig.
- Verwendung geschlossener, nach unten ausgerichteter Lampentypen mit einer Lichtabschirmung (Abblendung) nach oben und zur Seite.

CEF-Maßnahmen

Gemäß den Ergebnissen des artenschutzfachlichen Gutachtens sind keine vorgezogenen artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

8 Städtebauliche Werte

Festsetzung	Fläche
Öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)	4.621 m ²
Flächen für Versorgungsanlagen	100 m ²
Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	1.853 m ²
Straßenverkehrsfläche	125 m ²
Verkehrsfläche (Parkplatz)	607 m ²
Gesamtfläche des Plangebiets	7.306 m²

9 Erschließung, sonstige Auswirkungen und sonstige Hinweise

9.1 Verkehrliche Erschließung und ÖPNV

Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des Plangebiets erfolgt über die *Rudolf-Harbig-Straße* und den daran angrenzenden öffentlichen Parkplatz, von dem eine Zufahrt auf das Freizeitsportgelände geführt werden soll.

ÖPNV

Die Stadt Pattensen ist an das ÖPNV-Netz angeschlossen. Die nächstgelegene Bushaltestelle befindet sich in etwa 300 m Entfernung in der Straße *Am Hallenbad*.

9.2 Ver- und Entsorgung

Wasserversorgung

Träger der **Trinkwasserversorgung** ist die Stadt Pattensen mit dem Eigenbetrieb Wasserversorgung Pattensen. Das Plangebiet kann an das zentrale Trinkwasserversorgungsnetz angeschlossen werden.

Als Träger der **Löschwasserversorgung** ist die Stadt Pattensen dafür zuständig. Die Stadt hat diesbezüglich den Grundschutz zu gewährleisten.

Schmutzwasser und Niederschlagswasser

Träger der **Abwasserentsorgung** ist die Stadt Pattensen. Innerhalb der *Rudolf-Harbig-Straße* besteht ein Schmutzwasserkanal.

Für das auf den Grundstücken anfallende **Oberflächenwasser** sind nach § 96 NWG (zu § 56 WHG) die jeweiligen Grundstückseigentümer zuständig, soweit nicht die Gemeinde den Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung vorschreibt oder ein gesammeltes Fortleiten erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten. Dies ist im Plangebiet nicht der Fall.

Das anfallende **Oberflächenwasser** soll auf dem Gelände zur Versickerung gebracht werden. Die Versickerungsanlagen sind als Mulden oder Mulden-Rigolen-Systeme anzulegen und nach dem DWA-Arbeitsblatt A 138 zu dimensionieren. Ein entsprechender Nachweis erfolgt im Entwässerungsantrag. Maßgeblich ist die jeweils erforderliche Entwässerungsgenehmigung.

Stromversorgung

Die Stromversorgung erfolgt durch die E.ON Avacon. Das Baugebiet kann an das zentrale Versorgungsnetz angeschlossen werden.

Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung erfolgt durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha). Um ein Wenden für ein dreiaxsiges Müllfahrzeug zu ermöglichen, setzt der Bebauungsplan eingangs des vorgesehenen Parkplatzes eine öffentliche Straßenverkehrsfläche als Wendeplatz mit einer ausreichenden Dimensionierung fest.

Der **Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha)** weist auf folgendes hin: Bei der Planung von Wendemöglichkeiten ist zu beachten, dass die Abfallsammelfahrzeuge einen Wenderadius von mindestens 9 m benötigen. Neben einem Wendekreis oder einer Wendeschleife mit diesem Radius

können Wendeanlagen auch so bemessen sein, dass zum Wenden nicht mehr als 1 bis 2-maliges Zurücksetzen erforderlich ist.

AHA legt dabei die Bestimmungen für 3-achsige Entsorgungsfahrzeuge der RAST 06 zugrunde.

Die Funktion der Wendeanlage darf nicht durch Bebauung, Grünanlagen, Beparkung o. ä. beeinträchtigt werden.

Die Konstruktion der für den Einsatz von Fahrzeugen der Abfallentsorgung notwendigen Verkehrsflächen muss für das Befahren von Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 26t ausgelegt sein.

Aufgrund der Höhe von Abfallsammelfahrzeugen ist bei den von ihnen zu befahrenden Verkehrsflächen ein dauerhafter Höhenfreiraum von mind. 4,0 m einzuhalten (z. B. bei der Anpflanzung von Bäumen, Aufstellung von Verkehrs- und Hinweisschildern, Straßenbeleuchtung o. ä.).¹⁰

Telekommunikation und Internet

Nutzungsbedingt ist es nicht notwendig, die Freizeitsportanlage an das zentrale Kommunikationsnetz anzuschließen. Der Handyempfang auf dem Gelände ist durch die verschiedenen Betreiber netze gewährleistet.

Allgemeine Hinweise zur Erschließung

Beginn und Ablauf der Erschließungsarbeiten sind den Ver- und Entsorgungsträgern so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen.

Hinsichtlich Baumpflanzungen ist das Merkblatt DWA-M 162 Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle (2013), zu beachten. Durch die Baumpflanzungen soll der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der unterirdischen Leitungsnetze nicht behindert werden.

Beim Ausbau der technischen Infrastruktur (Straßen- und Wegebau, Ver- und Entsorgung) sind die Ausbauunternehmer vor Beginn von Bauarbeiten verpflichtet, sich rechtzeitig mit den jeweiligen Versorgungsunternehmen, deren Leitungen vor Ort verlegt sind, abzustimmen (Erkundungspflicht der Ausbauunternehmer).

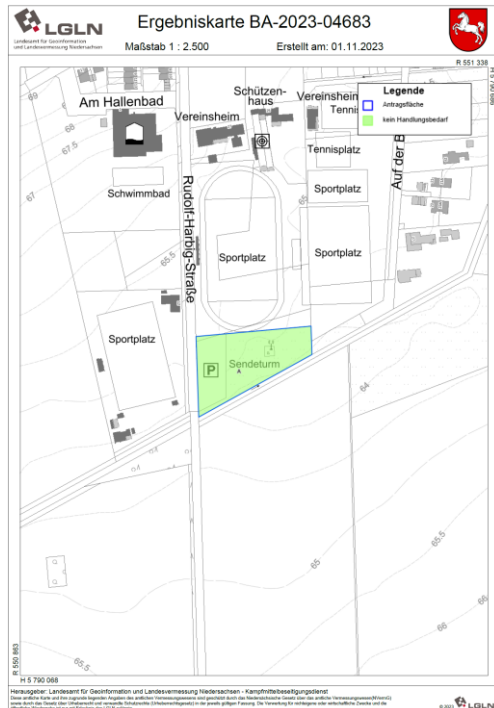
9.3 Kampfmittel

Die Stadt Pattensen hat beim LGLN-Kampfmittelbeseitigungsdienst am 20.10.2023 eine Luftbilddauswertung beauftragt. Mit Schreiben vom 01.11.2023 teilt das LGLN mit:

Die hier zurzeit vorhandenen Luftbilder wurden auf Ihren Antrag hin ausgewertet (siehe beigefügte Kartenunterlage).

¹⁰ Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (AHA), Stellungnahme vom 23.10.2023

Stadt Pattensen
Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“
Begründung und Umweltbericht



Empfehlung: Kein Handlungsbedarf

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.

Im westlichen Teil des Plangebiets wird die Kompensationsmaßnahme (extensives Grünland) angelegt. Dort ist eine Luftbildauswertung nach Auffassung der Stadt Pattensen nicht erforderlich.

Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, sind umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst des LGLN - Regionaldirektion Hannover - zu benachrichtigen.

9.4 Hinweise zum Bodenschutz und Baugrund, Altlasten

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB ist mit Grund und Boden schonend umzugehen. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollen die einschlägigen DIN-Normen (u. a. DIN 18300 Erdarbeiten, DIN 18915 Bodenarbeiten im Landschaftsbau, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial) Anwendung finden, um negative Umweltauswirkungen zu vermeiden bzw. zu vermindern. Arbeitsflächen sollen sich auf das notwendige Maß beschränken. Bei Abtrag des Bodens soll dies schichtgetreu erfolgen, der Boden ist ortsnah, schichtgetreu und in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung und Wassereinstau geschützt zu lagern. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollen geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Verdichtung erfolgen.

Es ist unzulässig, Abfälle, Fremd- und Störstoffe (z. B. Bauschutt, Ziegel/ Ziegelbruch, Glas, Holz, Metall, Schlacken, Plastik etc.) in den durchwurzelbaren Boden bis 2 m u GOK einzubringen oder einzuarbeiten. Eingebraachte oder eingearbeitete Abfälle, Fremd- und/ oder Störstoffe sind zu beseitigen.

Durchwurzelbare Böden dürfen keine Bodenschadverdichtung aufweisen.

Bodenschadverdichtungen liegen im Boden bis 1,5 m u GOK vor bei einer Luftkapazität von < 5 Vol-%, einer gesättigten Wasserleitfähigkeit von < 10 cm/Tag und bei einer Lagerungsdichte der Stufe 4 und 5. Der Eindringwiderstand soll 2 MPa bei 80 – 100 % Feldkapazität nicht überschreiten.

Die oberste Bodenschicht durchwurzelbarer Böden von 0 – 0,3 m u GOK ist mit humosem Oberboden (Mutterboden) mit einem Corg-Gehalt (gesamter organischer Kohlenstoff) von mindestens 1 Masse-% herzustellen.

Der Mutterboden ist vor Überbauung sowie sonstigen Veränderungen der Erdoberfläche abzuschieben, in nutzbarem Zustand zu erhalten und zu verwerten.

Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht.

Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

Die Untere Bodenschutzbehörde ist im Rahmen nachfolgender Baugenehmigungsverfahren für die betreffende Fläche zu beteiligen.

Die Festsetzungen zum Schutzgut Boden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB sind zu beachten.

Altlasten

Sollten im Plangebiet bei der Durchführung von baulichen Maßnahmen Bodenkontaminationen festgestellt werden, ist die Abfallbehörde der Region Hannover zu informieren.

Grundsätzlich ist durch die Untersuchung des Oberbodens festgestellt worden, dass der Oberboden in den Mischprobenfeldern NW und SW erhöhte Fremd-/ Störstoffanteile aufweist. Bei Baumaßnahmen und Erdarbeiten ist sicherzustellen, dass keine Vermischung von Bodenmaterial mit Fremd-/ Störstoffen mit Bodenmaterial ohne Fremd-/ Störstoffe erfolgt. Bodenmaterial mit erhöhten Fremd-/Störstoffanteilen ist separat auszubauen, zu lagern und die Wiederverwertbarkeit zu prüfen.

9.5 Archäologische Hinweise

Im Plangebiet ist eine archäologische Fundstelle bekannt, die auf ein jungsteinzeitliches Gräberfeld in diesem Bereich schließen lässt. Im Plangebiet ist daher dringend mit dem Vorhandensein weiterer archäologischer Bodenfunde zu rechnen, bei denen es sich um Kulturdenkmale im Sinne von § 3 Abs. 4 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) handelt.

Seitens der archäologischen Denkmalpflege bestehen gegen die Planung zwar keine grundsätzlichen Bedenken, allerdings muss sichergestellt werden, dass die archäologischen Funde und Befunde im

Plangebiet vor ihrer Zerstörung durch die mit einer Bebauung verbundenen Erdarbeiten sach- und fachgerecht dokumentiert und geborgen werden. Auf die Bestimmungen des § 6 Abs. 3 NDSchG (Veranlasserprinzip) wird in diesem Zusammenhang explizit hingewiesen.

Es wird deshalb auf folgendes hingewiesen:

Im Plangebiet ist eine archäologische Fundstelle bekannt. Mit dem Auftreten weiterer archäologischer Funde und Befunde im Plangebiet ist dringend zu rechnen.

Sämtliche Erdarbeiten im Plangebiet bedürfen daher einer denkmalrechtlichen Genehmigung gemäß § 13 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG).

Die Genehmigung ist im Vorfeld bei der Unteren Denkmalschutzbehörde der Region Hannover zu beantragen und wird nur unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden, damit sichergestellt wird, dass die archäologischen Funde und Befunde vor ihrer Zerstörung durch die Baumaßnahmen sach- und fachgerecht dokumentiert und geborgen werden.

Auf die Bestimmungen des § 6 Abs. 3 NDSchG (Veranlasserprinzip) wird explizit hingewiesen.

Unabhängig davon gelten für alle Erdarbeiten die Bestimmungen des § 14 NDSchG (Anzeige- und Meldepflicht von Zufallsfunden).¹¹

9.6 Inkrafttreten und Teilaufhebung von Bebauungsplänen

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ treten die bisher geltenden Festsetzungen der Bebauungspläne Nr.116 „Sportgelände“ und Nr. 129 „An der Bleiche“ für den neu überplanten Bereich außer Kraft und werden durch die neuen Festsetzungen ersetzt.

10 Bodenordnung

Maßnahmen zur Bodenordnung sind nicht erforderlich.

11 Kosten

Die Kosten stehen derzeit noch nicht fest. Stadt Pattensen strebt eine Finanzierung der Freizeitsportanlage durch Spendengelder an.

¹¹ Region Hannover, Stellungnahme 26.10.2023

B Umweltbericht gem. § 2a Nr. 2 BauGB

12	Einleitung	36
12.1	Lage im Raum und Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele	36
12.2	Umweltschutzziele aus Fachgesetzen und Fachplänen	38
12.2.1	Fachgesetze	38
12.2.2	Regionalplanung und Bauleitplanung	39
12.2.3	Naturschutz und Landschaftsplanung	40
12.2.4	Berücksichtigung der planerischen Rahmenbedingungen	41
13	Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustands (Basisszenario) und der Umweltauswirkungen	42
13.1	Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt (Biodiversität)	43
13.1.1	Potenzielle natürliche Vegetation (PNV)	43
13.1.2	Flora.....	43
13.1.3	Fauna.....	47
13.1.4	Biologische Vielfalt.....	51
13.2	Schutzgüter Boden und Fläche.....	52
13.3	Schutzgut Wasser	56
13.4	Schutzgut Klima und Luft.....	56
13.5	Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern	57
13.6	Schutzgut Landschaft.....	58
13.7	Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	58
13.8	Erhaltungsziele und Schutzzweck Natura 2000-Gebiete	59
13.9	Auswirkungen auf Mensch und Gesundheit, Bevölkerung.....	60
13.10	Wechselwirkungen.....	60
14	Prognose über die Umweltentwicklung und anderweitige Planungsmöglichkeiten	61
14.1	Umweltentwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)	61
14.2	Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung.....	61
14.3	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	64
15	Darstellung von Maßnahmen zu Vermeidung, Verminderung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen, naturschutzrechtliche Eingriffsregelung und spezieller Artenschutz	64
15.1	Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen im Plangebiet	65
15.2	Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	65
15.3	Externe Ausgleichsmaßnahmen, CEF-Maßnahmen und Artenschutz	67
16	Erhebliche nachteilige Auswirkungen	68
17	Zusätzliche Angaben	68
17.1	Verwendete technische Merkmale sowie Hinweise auf Schwierigkeiten	68
17.2	Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Bauleitplanung auf die Umwelt, Monitoring	69
18	Allgemeinverständliche Zusammenfassung.....	69
19	Verwendete Unterlagen, Gutachten und Quellen	71

12 Einleitung

Gemäß § 2a BauGB ist den Bauleitplänen (Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen) eine Begründung beizufügen, in der ein Umweltbericht gemäß der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 und §§ 2a und 4 c BauGB enthalten ist. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung. Er hat die auf Grund der Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ermittelten, voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der Darstellungen und Festsetzungen der Bauleitplanung zu beschreiben und zu bewerten. Dabei sind die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 a-j BauGB zu berücksichtigen. Zusätzlich sind die ergänzenden Vorschriften nach § 1a BauGB für Bodenschutz, Ausgleich von Eingriffen, Schutz von Natura 2000-Gebieten und Klimaschutz bei der Aufstellung von Bauleitplänen anzuwenden.

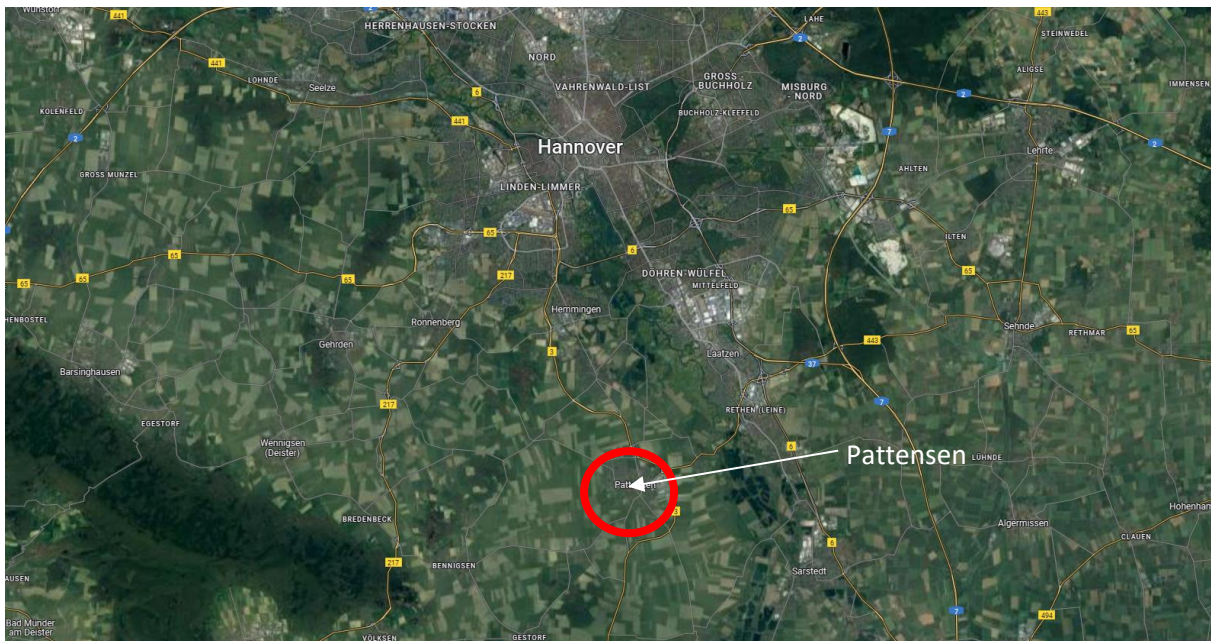
Der Umweltbericht soll dazu beitragen, dass die Umweltauswirkungen frühzeitig und umfassend ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Das Ergebnis des Umweltberichtes soll bei allen behördlichen Entscheidungen über die Zulässigkeit des Vorhabens berücksichtigt werden und als Instrument für die Abwägung der Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB und § 1a Abs. 2 BauGB dienen. Ferner ist der Umweltbericht als Ergebnis der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB in die jeweilige Planbegründung aufzunehmen, um der Öffentlichkeit im Rahmen der Planoffenlegung nach § 3 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Der vorliegende Umweltbericht wird anlässlich der Aufstellung des Bebauungsplans Nr.164 „Multi-Sport-Court“ am südwestlichen Stadtrand von Pattensen, Rudolf-Harbinger-Straße, erarbeitet.

12.1 Lage im Raum und Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele

(Gemäß Anlage 1 BauGB, 1 a)

Lage im Raum



Lage des Plangebiets im Raum (Quelle: google.maps)

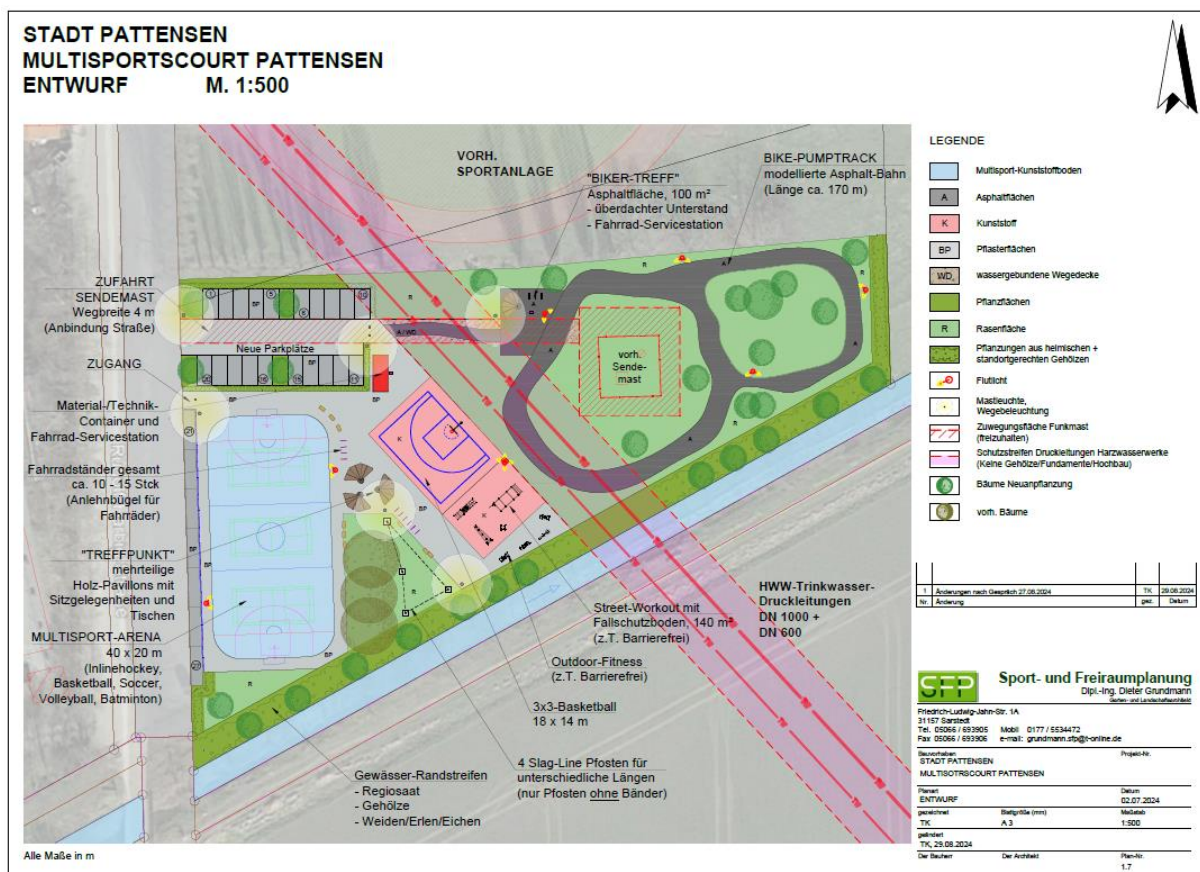
Stadt Pattensen
Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“
Umweltbericht

Pattensen liegt ca. 10 km südlich von Hannover entfernt und ist über die Bundesstraße 3 direkt von Hannover aus angeschlossen. Pattensen ist eine eigenständige Stadt mit zahlreichen Ortsteilen und hat ca. 15.000 Einwohner.

Das Plangebiet befindet sich am südwestlichen Stadtrand der Kernstadt im Bereich einer größeren Sportstätten-Anlage und dem städtischen Schwimmbad. Südlich begrenzt der Bach *Schille* das Plangebiet. Nördlich grenzen die Sportflächen des TSV Pattensen 1860 e.V. an, westlich begrenzt die Rudolf-Harbig-Straße das Gelände. An die Straße schließen sich nach Westen eine Motoballarena und das Hallen- und Freibad an.

Da das Plangebiet einen fast dreieckigen Zuschnitt hat, grenzt im Osten auf lediglich ca. 25 m Breite eine Wiesenfläche an. Sie wird als Ausgleichsfläche für die Eingriff innerhalb des Plangebiets herangezogen werden soll.

Es handelt sich zum Teil um eine Parkplatzfläche, daran schließen eine Wiesenfläche, die auch als Osterfeuerbrandplatz genutzt wird, und eine eingezäunte Weidefläche an. Randlich befinden sich einzelne Gehölze, auch einige ältere Bäume, eine Ligusterhecke trennt den Parkplatz- und die Wiesenbereiche. Innerhalb der eingezäunten Weidefläche steht ein Sendemast mit Versorgungsgebäude. Dieser Bereich ist mit einem Sicherheitszaun abgegrenzt.



Objektplanung Multi-Sport-Court (Quelle: SFP, Stand 02.07.2024)

Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele

Bei dem Vorhaben, dessen Auswirkungen in der Umweltprüfung beurteilt werden, handelt es sich um die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“.

Der Bebauungsplan setzt eine *öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)* und eine *Parkplatzfläche* fest. Entlang der *Schille* wird eine *Maßnahmenfläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft* festgesetzt. Diese Festsetzung wird von einem *Geh- Fahr- und Leitungsrecht* zugunsten der Gewässerunterhaltung überlagert.

Weitere Geh-, Fahr- und Leitungsrechte werden zugunsten der Betreiber einer querenden Wasserleitung und der vorhandenen Sendeanlage festgesetzt. Der Verlauf der Wasserleitung wird nachrichtlich übernommen.

Die auf dem Gelände befindliche Sendeanlage selbst wird als *Fläche für Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung Sendeanlage* im Bestand gesichert.

Drei vorhandene Altbäume am Parkplatzrand werden als zu erhalten festgesetzt.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ hat eine Gesamtflächengröße von ca. 0,6 ha. Die Abgrenzung des Geltungsbereichs ist in Kapitel 3 der Begründung beschrieben und in der Planzeichnung dargestellt. Eine genauere Beschreibung des Vorhabens ist in der Begründung in den Kapitel 2 und 7 sowie in der Planzeichnung dargelegt.

12.2 Umweltschutzziele aus Fachgesetzen und Fachplänen

(Gemäß Anlage 1 BauGB, 1 b)

12.2.1 Fachgesetze

Die Zielvorgaben der bauleitplanerischen Rahmenbedingungen sowie die Vorgaben der einzelnen Fachgesetze fließen in die Analyse und Bewertung der Schutzgüter nach § 1 Abs. 7a, b, c und d BauGB ein. Die aktuellen Fassungen der Rechtsgrundlagen sind im Kapitel 1 der Begründung aufgeführt.

Die Umweltschutzziele folgender Fachgesetze fließen zur Beachtung in den Umweltbericht mit ein:

- **Baugesetzbuch (BauGB):** § 1, Abs. 6 Nr. 7 des BauGB regelt die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, die bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu beachten sind. § 1a führt ergänzende Vorschriften zum Umweltschutz auf. Die §§ 2 und 2a regeln die Aufstellung der Bauleitpläne, ihre Inhalte und die Bedeutung des Umweltberichts. In der Anlage 1 des BauGB ist die inhaltliche Gliederung des Umweltberichtes geregelt.
- **Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz- BNatSchG)** und das
- **Niedersächsische Naturschutzgesetz (NNatSchG):**
Die beiden Gesetze regeln die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege einschließlich Schutzgebietsregelungen, Artenschutz, Landschaftsplanung mit ihren Plänen und

die Eingriffsregelung (§§ 13 bis 17 BNatSchG). Das NNatSchG konkretisiert einzelne Paragraphen des BNatSchG.

- **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG):**

Das Immissionsschutzgesetz mit seinen entsprechenden Verordnungen und technischen Normen regelt die Immissionen, die auf ein Gebiet und seine Nutzungen einwirken dürfen (z.B. Verkehrslärm nach DIN 18005) und den Emissionen, die von dem Gebiet auf die Nachbarschaft einwirken dürfen.

- **Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG):**

Hier werden u.a. Regelungen zu Verhütung von schädlichen Einflüssen auf den Boden, insbesondere das Thema Altlasten behandelt. Die einschlägigen DIN-Normen z.B. zu Erdarbeiten, Bodenschutz u.a. finden im Umweltbericht Berücksichtigung.

- **Wasserhaushaltsgesetz (WHG):**

Das WHG ist im Rahmen der Bauleitplanung mit Umweltbericht vor allem für Aussagen zu Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten und Überschwemmungsgebieten relevant. Auch die Regelungen zu Oberflächenwasserbewirtschaftung werden hier getroffen.

- **Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – FFH-Richtlinie (Natura 2000-Schutzgebietssystem):**

Die Richtlinien der Natura 2000-Schutzgebiete (FFH-Gebiete und EU-Vogelschutzgebiete) regeln den Artenschutz. Maßgeblich insbesondere für den Artenschutz streng geschützter und besonders geschützter Arten sind hier vor allem die Artenlisten der Anhänge IV und V.

- **Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG):**

Wenn bei Bodenarbeiten archäologische Funde auftreten, gelten die §§ 12 bis 15 NDSchG. Die untere Denkmalbehörde ist zu unterrichten.

12.2.2 Regionalplanung und Bauleitplanung

Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Die zeichnerischen Darstellungen des **Regionalen Raumordnungsprogramms** (RROP, 3. Änderung 2021) weisen die Stadt Pattensen als Grundzentrum und als Standort mit der **Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten** aus. Das Plangebiet selbst ist Bestandteil einer größeren Fläche, die verschiedene Sportstätten und Freizeiteinrichtungen umfasst. Der unmittelbar südlich an das Plangebiet angrenzende Bereich ist als **Gebiet mit Bedeutung für den Biotopverbund „Verbindungsfläche Offenlandgebiete“** definiert. Die Belange der Regionalplanung werden in Kapitel 4.1 der Begründung ausführlich beschrieben (vgl. auch die Abbildung in Kapitel 4.1 der Begründung).

Bauleitplanung

Im genehmigten **Flächennutzungsplan** der Stadt Pattensen ist das Plangebiet Teil eines Bereichs dargestellter, ausgedehnter **Grünfläche mit den Zweckbestimmungen „Sportplatz, Badeplatz, Freibad, Tennisplatz, Motorballplatz“** dar (vgl. Kapitel 4.3).

Der Geltungsbereich dieser Bauleitplanung überlagert teilweise die Geltungsbereiche der rechtskräftigen **Bebauungspläne Nr. 116 „Sportgelände“** (Fläche des Parkplatzes; festgesetzt als *Parkfläche* für 65 PKW) und **Nr. 129 „In der Bleiche“** (Fläche des Grünlands; festgesetzt als *öffentliche Grünfläche – Parkanlage* sowie ein 10 m breiter Streifen als *Flächen für die Wasserwirtschaft*). Die Festsetzungen der bestehenden B-Pläne werden in diesen Bereichen überplant und neu festgesetzt.

Der **B-Plan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“** wird für den Geltungsbereich im Nordwesten eine **Straßenverkehrsfläche**, eine **Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung Parkplatz** sowie einen parallel zur *Rudolf-Harbig-Straße* verlaufenden Parkstreifen festsetzen. Für den Multi-Sport-Court wird eine **öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)** festgesetzt. Parallel zur *Schille* wird eine **Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft** festgesetzt. Innerhalb der Grünfläche und der Maßnahmenfläche verlaufen mehrere **Geh-, Fahr- und Leitungsrechte** zugunsten der Versorger und zur Unterhaltung der Funkanlage sowie des Gewässers. Der Sendemast wird als **Fläche für Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung Sendemast** im Bestand gesichert. Die Maßnahmenfläche dient auch dem Ausgleich für die Eingriffe der Bauleitplanung.

12.2.3 Naturschutz und Landschaftsplanung

Der **Landschaftsrahmenplan (LRP)** der Region Hannover ist seit dem Jahr 2013 gültig. Er ist der Fachplan für alle umwelt- und naturschutzrelevanten Belange auf der Ebene der Flächennutzungsplanung. Er entfaltet keine eigene Rechtsverbindlichkeit und fließt mit seinen planungsrelevanten Aussagen in den Flächennutzungsplan mit ein. Er umfasst in der Regel den unbesiedelten Außenbereich des Gemeindegebietes und stellt die Belange von Natur und Landschaft in Text und einem umfangreichen Kartenwerk dar, das nachfolgend dargelegt wird.

Arten und Biotope

Das Plangebiet liegt mit seinem Biotoptyp in einem Bereich mit mittlerer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. In der Karte **Biotopverbund** hat lediglich der Bereich der *Schille* südlich des Plangebiets als Verbindungsfläche im Offenlandgebiet eine Bedeutung für den Biotopverbund.

Landschaftsbild

Zum Thema Landschaftsbild gibt es im Geltungsbereich keine Darstellung, die Flächen südlich der *Schille* liegen in einem Landschaftsteilraum mit geringer Bedeutung für das Landschaftsbild.

Zielkonzept

Für den Geltungsbereich selbst werden im LRP keine Ziele formuliert. Die Freifläche des nördlich angrenzenden Schwimmbadbereichs soll der Sicherung der Grün- und Freiräume dienen, wenn eine Überprüfung durch die kommunale Landschaftsplanung dies erforderlich hält. Der Bereich der *Schille* ist mit der Zielkategorie: Entwicklung und Wiederherstellung in Gebieten mit aktuell überwiegend mittlerer, geringer und sehr geringer Bedeutung für das Schutzgut Arten und Biotope eingestuft.

Weitere Planungs- und Arbeitskarten werden in den Kapiteln zu den einzelnen Schutzgütern ausgewertet.

Gesetzliche geschützte Gebiete (Naturpark, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete) oder Bereiche (geschützte Landschaftsbestandteile, Naturdenkmale) sind nicht betroffen.

12.2.4 Fachgutachten

Bodengutachten

Für diese Bauleitplanung wurde durch das Büro **GEOTEC Umweltconsulting**¹ eine Untersuchung des Bodens auf mögliche Schadstoffe durchgeführt. Die Ergebnisse sind in Kapitel 13.2 Schutzgut Boden dargelegt.

Artenschutzrechtliche Fachbeitrag

Das Büro **AGWA**² erarbeitete ein artenschutzfachliches Gutachten mit Biotoptypenkartierung, um die Belange des Artenschutzes, die von dem Vorhaben berührt werden, abschätzen zu können.

Die Ergebnisse fließen in das Kapitel 13.1 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt ein.

Die Fachgutachten sind im Anhang D angehängt.

12.2.4 Berücksichtigung der planerischen Rahmenbedingungen

Gemäß der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB hat der Umweltbericht Angaben über die Berücksichtigung der Ziele des Umweltschutzes und der Umweltbelange der einschlägigen Fachgesetze und Fachplanungen zu machen.

Die Belange der in Kap. 12.2.1 genannten einschlägigen Fachgesetze werden in den jeweiligen Kapiteln zu den Schutzgütern berücksichtigt. Die Aussagen des Landschaftsrahmenplans fließen bei der Darstellung und Bewertung der Schutzgüter Boden, Wasser, Klima und Luft, Landschaft sowie Arten, Biotope und biologische Vielfalt sowie Aussagen zu Zielen und Maßnahmen der Landschaftsplanung mit ein.

Es wurden die in Kapitel 12.2.4 genannten Fachgutachten erarbeitet. Die Ergebnisse des Artenschutzgutachtens und der Biotoptypenkartierung werden im Kapitel zum Schutzgut Flora und Fauna und im

¹ **GEOTEC Umweltconsulting (2024)**: Bodenuntersuchung gemäß BBodSchV auf dem Gelände des geplanten Multi Sport Court MSC an der Rudolf-Harbig-Straße in 30982 Pattensen; Laatzen. Stand: 08.04.2024.

² **Ingenieurgemeinschaft AGWA (2024)**: Artenschutzfachliches Gutachten zum B-Plan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ der Stadt Pattensen; bearb.: Dipl.-Ing. Michael Jürging, Hannover; Stand 09.09.2024

artenschutzrechtlichen Kapitel berücksichtigt. Die Bodenuntersuchung fließt in das Kapitel zum Schutzgut Boden und Fläche mit ein. Weitere Gutachten wurden nicht erarbeitet.

Zur Grundlagenermittlung wurden die Angaben der niedersächsischen Umweltkarten³ und die Angaben des NIBIS-Kartenservers⁴ abgerufen (Stand Mai 2024) und zur Beurteilung der Umweltauswirkungen ausgewertet.

13 Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustands (Basisszenario) und der Umweltauswirkungen

(Gemäß Anlage 1 BauGB, 2 a und 2 b)

Die Ermittlung und Beschreibung des Bestands und der Umweltauswirkungen im Plangebiet erfolgt getrennt für die einzelnen Schutzgüter. Durch eine Beschreibung der einzelnen Schutzgüter und deren Wechselwirkungen untereinander in Verbindung mit den Vorgaben der planerischen Rahmenbedingungen werden die Belange des Umweltschutzes im Sinne von § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB in ausreichender Form dargelegt. Im Weiteren erfolgt eine Bewertung der potenziellen Auswirkung des Vorhabens.

Der Bestand und die Analyse der Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben werden nachfolgend für die einzelnen Schutzgüter getrennt beschrieben und bewertet.

Die Bewertung der möglichen Umweltauswirkungen erfolgt unter Berücksichtigung der in Kapitel 15.1 beschriebenen Vermeidungs- Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen mit folgender Abstufung:

- Risiko/Beeinträchtigung **hoch**
⇒ erhebliche Umweltauswirkung für Schutzgüter
- Risiko/Beeinträchtigung **mittel**
⇒ erhebliche Umweltauswirkung für Schutzgütern mit eingeschränkter Leistungs- und Funktionsfähigkeit.
- Risiko/Beeinträchtigung **vorhanden/gering**
⇒ vorhandene, hinsichtlich der Schwere und räumlichen Auswirkung jedoch relativ geringe Umweltauswirkung.
- Risiko/Beeinträchtigung **nicht vorhanden/keine**

Hinsichtlich der Bewertungsverfahren wird in dem vorliegenden Umweltbericht überwiegend auf die verbal-argumentative, ökologische Wirkungsanalysen zurückgegriffen. Die Ableitung der Bewertungsstufen erfolgt in Anlehnung nach dem Verfahren der so genannten „Ökologischen Risikoanalyse“ (Umweltbundesamt 2001). Abschließend werden gemäß Anlage 1 Nr. 2 Buchstabe b BauGB die Auswirkungen nach baubedingten und betriebsbedingten Faktoren tabellarisch dargestellt.

³ www.umweltkarten-niedersachsen.de/Umweltkarten/

⁴ <https://nibis.lbeg.de/cardomap3/>

Die Ermittlung des Eingriffsumfangs in Anlehnung an die Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung des niedersächsischen Städtetags (2013)⁵. Hierzu siehe auch Kapitel 15.2.

13.1 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt (Biodiversität)

13.1.1 Potenzielle natürliche Vegetation (PNV)

Die heutige potentielle natürliche Vegetation (pnV) ist die Pflanzengesellschaft, die sich als höchst entwickelte Vegetation auf Grundlage der natürlichen Standortfaktoren, dem biotischen Besiedlungspotential und den anthropogenen Einflüssen einstellen würde, wenn der menschliche Einfluss aufhörte (KOWARIK 1987)⁶. Laut PNV-Karten des NLÖ (2003)⁷ auf Grundlage der BÜK 50 wäre im Plangebiet der Waldmeister-Buchenwald (*Asperulo-Fagetum*), z. T. mit Bergahorn anzutreffen, im bachnahen Bereich auch kleinräumig Bach-Erlen-Eschen-Wälder.

13.1.2 Flora

Basisszenario Flora

Das Untersuchungsgebiet befindet sich in der Rote-Liste-Region 7.1 „Börden“ (Westteil). Biogeographisch wird es dem Hügel- und Bergland (H) in der atlantischen Region Niedersachsen zugeordnet.⁸

Biotoptypen im Geltungsbereich

Bei dem Plangebiet handelt es sich real aktuell überwiegend um eine ruderalisierte Grünlandfläche. Der westliche Teil stellt sich als versiegelte Parkplatzfläche dar. Randlich befinden sich Gehölzpflanzungen und einzelne Großbäume. Im Rahmen der Erarbeitung des artenschutzfachlichen Gutachtens wurde auch eine Biotoptypenkartierung durch das Büro AGWA erarbeitet. Die Kartierung wurde nach v. Drachenfels (2021) durchgeführt.

Das Plangebiet wird im Gutachten wie folgt beschrieben:

*Der Parkplatz [Biotopkürzel: OVP] im Westen des Plangebiets ist zur Rudolf-Harbig-Straße hin offen. Er wird durch einzelne (zu) kleine Baumbeste geringfügig untergliedert (**Foto 1**). Nach Osten, d.h. zum Mittelteil des Plangebiets hin, ist der Parkplatz durch eine geschnittene Zierhecke [BZH] aus Liguster (*Ligustrum vulgare*) eingefasst. Diese wird von einer alten Stiel-Eiche (*Quercus robur*) und einer Sand-Birke (*Betula pendula*) überragt (**Fotos 1 + 2**). Am Nordrand ist der Parkplatz mit einer Baumreihe [HEA]*

⁵ **Niedersächsischer Städtetag** (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung. 9. Völlig überarbeitete Auflage; Hannover.

⁶ **KOWARIK (1987)**: Kritische Anmerkungen zum theoretischen Konzept der potentiellen natürlichen Vegetation mit Anregungen zu einer zeitlichen Modifikation.- Tuexenia 7; Göttingen.

⁷ **PNV-Karten für Niedersachsen auf Basis der BÜK 50**; Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, NLÖ; Hannover 1/2003.

⁸ **Umweltkarten Niedersachsen**: Naturräumliche Regionen und Unterregionen DTK 50 (abgerufen am 02.05.2024)

aus Pyramiden-Pappeln (*Populus nigra* ‚Italica‘) und einzelnen Rosskastanien (*Aesculus hippocastanum*) bestanden (**Fotos 4 + 5**). Dahinter befindet sich einer der umliegenden Sportplätze.



Legende

..... B-Plan Nr. 164 "Multi-Sport-Court"

BZH	Zierhecke
FMH	Mäßig ausgebauter Bach des Berg- und Hügellands
GIF	Sonstiges feuchtes Intensivgrünland
HEA	Baumreihe des Siedlungsbereichs
OT	Funktechnische Anlage
OVP	Parkplatz
OVS	Straße
OVW	Weg
UHB	Artenarme Brennesselflur
UHM	Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte
URF	Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte
Xr	Feuerplatz
WEG	Erlen- und Eschen-Galeriewald

Gehölzarten

Ah	Ahorn
Bi	Birke
Ei	Stiel-Eiche
Kas	Rosskastanie
Li	Linde
Lig	Liguster
Ph	Pyramiden-Pappel

Altersstrukturtyp

1	Stangenholz (Brusthöhendurchmesser 7 bis < 20 cm)
2	Schwaches bis mittleres Baumholz (BHD 20 bis < 50 cm)
3	Starkes Baumholz (BHD 50 bis 90 cm)
4	Sehr starkes Baumholz (BHD ≥ 80 cm)
*	schlechte Ausprägung bzw. abgängiges Gehölz

... / ... Biototypen zu gleichen Anteilen / in Durchdringung

(...) Untergeordneter Biototyp

Biototypenplan (Ausschnitt) (Quelle: AGWA 2024)

Südlich des Parkplatzes verläuft die unbefestigte Zuwegung [OVW] von der Rudolf-Harbig-Straße zum Osterfeuerplatz [Xf] im Mittelteil des Plangebiets. Die schmale Fläche zwischen Parkplatz und Schille ist mit einer nitrophilen (= stickstoffliebenden) Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte mit hohem Brennesselanteil [URF/UHB] bewachsen.

Auch der Mittelteil mit dem Osterfeuerplatz ist ruderalisiert, jedoch nicht in vergleichbarer Weise von der Großen Brennessel (*Urtica dioica*) dominiert wie die Fläche mit der Zufahrt. Neben verschiedenen Süßgräsern sind hier Hochstauden wie Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*), Melde (*Atriplex spec.*), Aufrechtes Fingerkraut (*Potentilla recta*) und Gewöhnlicher Beifuß (*Artemisia vulgaris*) häufig vertreten (**Foto 3**). Der Biotopbestand setzt sich aus einer gegenseitigen Durchdringung der beiden Typen Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte sowie Ruderalflur frischer bis feuchter Standorte zusammen [UHM/URF]. Der Osterfeuerplatz wird im Übrigen auch zu anderen Gelegenheiten im Jahr genutzt. Während der diesjährigen Kartierarbeiten zwischen März und Juli war er mindestens dreimal in Gebrauch. Am Nordrand des Mittelteils verläuft die selten unterhaltene Zufahrt zum Ostteil des Plangebietes. Der zugewachsene Grasweg wurde nicht als eigener Biotopbestand kartiert, weil er sich kaum von der umgebenden Fläche abhebt (**Foto 2**).

Der Ostteil wurde – nach der Umzäunung zu schließen – früher als Weidefläche genutzt. In 2024 waren dort keine Tiere anzutreffen, so dass es sich jetzt um eine extensive Mähwiese mit Tendenz zur Halbruderalen Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte [UHM] handelt. Der Charakter eines artenarmen Sonstigen feuchten Intensivgrünlands [GIF] überwiegt aber noch (**Foto 4**). Innerhalb der Grünlandfläche befindet sich die Funktechnische Anlage [OT] der Zentralen Polizeidirektion des Landes Niedersachsen (**Fotos 4 + 5**).

In den äußersten Osten des Plangebiets ragt ein Sonstiges feuchtes Intensivgrünland [GIF] hinein, welches das Dreieck zwischen den Sportplätzen im Norden und der Schille im Süden ausfüllt (**Foto 7**).

Die Schille verläuft als mäßig ausgebauter Bach des Berg- und Hügellands [FMH] am Südrand des Plangebiets entlang Richtung Ostnordost. Der Gewässerlauf ist begradigt und z. T. stark mit Igelkolben-Röhricht (*Sparganium erectum*) bewachsen. Auf der Nordseite, also zum Plangebiet hin, wächst ein lückiger, überwiegend noch relativ junger Erlen- und Eschen-Galeriewald [WEG] (**Foto 6**).

Bewertung Flora

Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG i. V. mit § 24 NNatSchG sind im Plangebiet nicht vorhanden. Die Artenzusammensetzung der (halb-)ruderalen Biotopbestände macht deren Entwicklung aus artenarmem Intensivgrünland wahrscheinlich.

In artenschutzfachlicher Hinsicht haben sich die Gehölzbestände – konkret: die Baumreihe am Nordrand, ein Teil der bachbegleitenden Gehölze an der Schille im Süden und die alte Eiche zwischen West- und Mittelteil – als (potentielle) Habitate für insgesamt 13 Vogelarten erwiesen.

Stadt Pattensen
Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“
Umweltbericht



Foto 1



Foto 2



Foto 3



Foto 4



Foto 5



Foto 6



Foto 7

Fotos aus dem Plangebiet (Quelle: AGWA, bearbeitet)

13.1.3 Fauna

Vögel sind europaweit durch die EU-Vogelschutzrichtlinie geschützt, alle Fledermausarten sind in Anhang IV der FFH-Richtlinie gelistet und zählen laut BNatSchG zu den streng geschützten Arten.

Laut § 44 BNatSchG besteht auf die gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV und europäische Vogelarten) ein Zugriffs- und Tötungsverbot. Damit sind nahezu alle wildlebenden Tierarten, insbesondere Fledermäuse, Reptilien, Amphibien und nahezu alle europäischen Vogelarten besonders geschützt. Sie dürfen weder gefangen, getötet, vertrieben oder sonst beeinträchtigt werden. Dies gilt auch für ihre Lebens- und Brutstätten.

Um die artenschutzrechtlichen Belange im Plangebiet entsprechend beurteilen zu können, wurden durch das Büro AGWA GmbH aus Hannover eine artenschutzrechtliche Untersuchung durchgeführt.

Die Artenschutz-Untersuchungen umfassen das Plangebiet mit seiner asphaltierten Parkplatzfläche, der ruderalisierten Grünfläche mit Osterfeuerbrennplatz und dem Grünland mit der Sendemastanlage sowie die angrenzende *Schille* mit ihrer Gehölz- und Staudenstruktur.

Im Rahmen der Untersuchung wurden als planungsrelevante Tierartengruppen Brutvögel und Fledermäuse kartiert.

Da der **Feldhamster** (*Cricetus cricetus*) im Raum Pattensen ein lokales Verbreitungsgebiet besitzt, wurde das Plangebiet trotz Fehlen geeigneter Biotopstrukturen im Mai auf das Vorhandensein von Bauen abgesucht. Es ergaben sich keine Hinweise auf ein Vorkommen des streng geschützten Feldhamsters.

Basisszenario Fauna

Brutvögel

Die Erfassung der **Brutvögel** erfolgte an sechs Terminen von Mitte März bis Mitte Juli 2024. Die Kartierungsmethode und die Bewertung erfolgte in Anlehnung an Südbeck et.al. (2005).

Es konnten insgesamt 13 Vogelarten als potenzielle Brutpaare im Plangebiet nachgewiesen werden.

Die Ergebnisse der Kartierung sind in zwei Gruppen zusammengefasst und deren Vorkommen in den nachfolgenden Karten dargestellt:

Häufigste Brutvögel in Niedersachsen (Karte 2.1)

Von den zehn häufigsten Brutvögeln in Niedersachsen (MITSCHKE 2021: S. 16) wurden sechs Arten nachgewiesen, nämlich Ringeltaube, Amsel, Mönchsgrasmücke, Zilpzalp, Blau- und Kohlmeise. Ihre Vorkommen konzentrieren sich in der Baumreihe am Nordrand des Plangebiets und im bachbegleitenden Gehölzsaum der Schille auf einem kurzen Teilabschnitt. Entsprechend der geringen Flächengröße des Plangebiets von ca. 0,64 ha wurden nicht mehr als 2 Reviere je Art ermittelt. Außerdem befand sich eine Singwarte der Amsel in der alten Eiche zwischen West- und Mittelteil des Plangebiets.

Die mehr oder minder ruderalisierten Grünlandflächen wiesen keine (potenziellen) Brutvogelvorkommen auf.

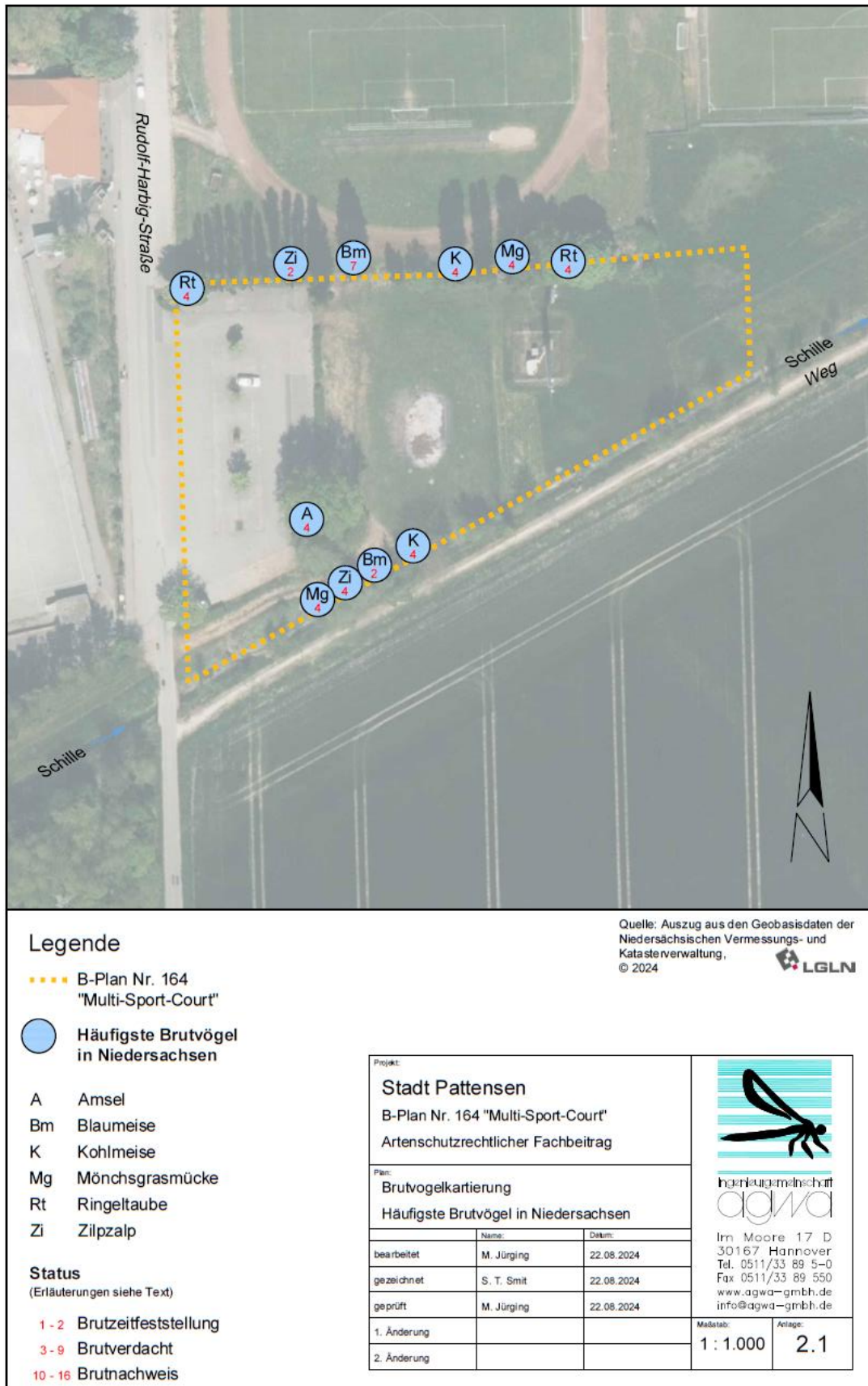


Abbildung der Karte 2.1 der Brutvogelkartierung (AGWA 2024)

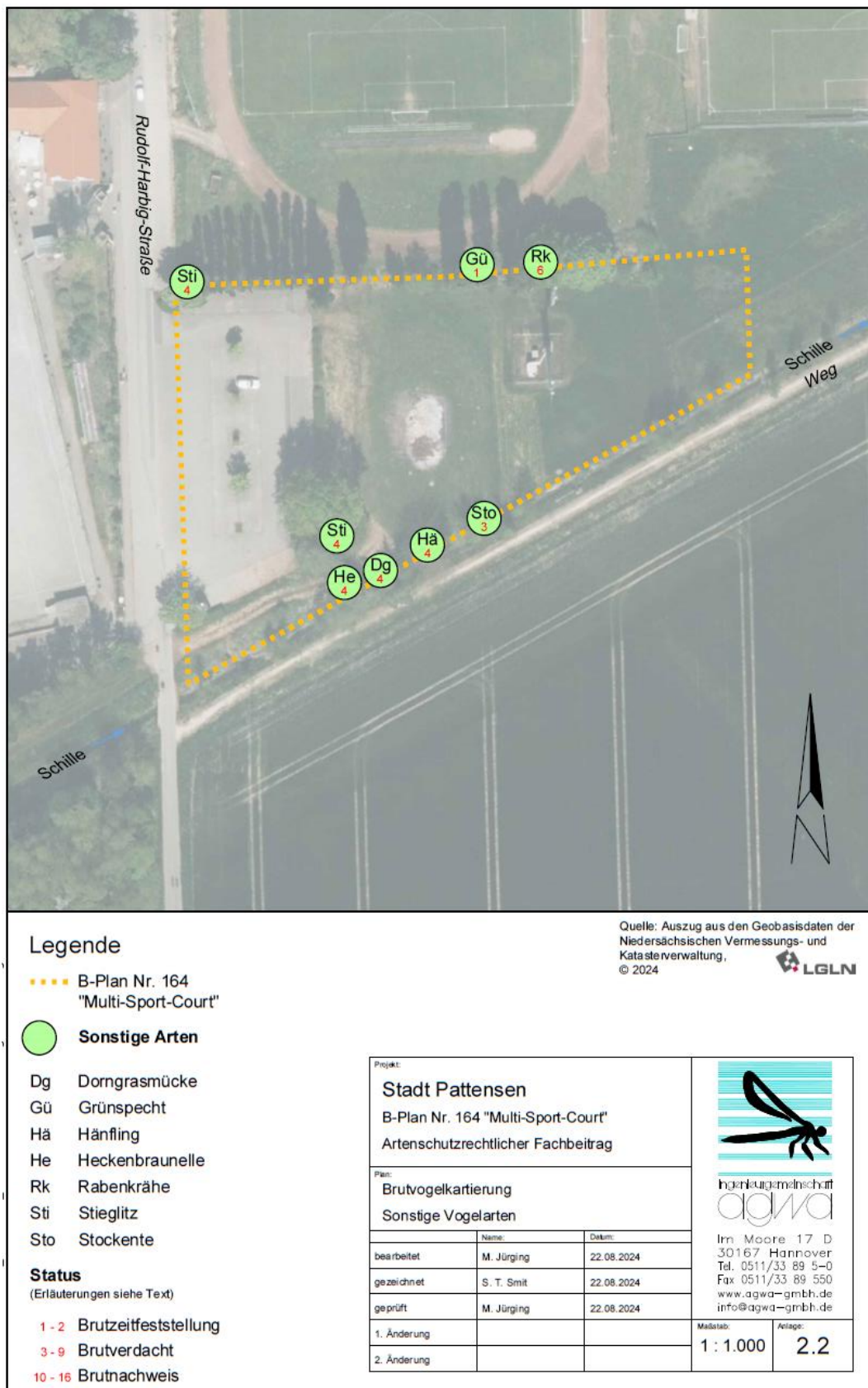


Abbildung der Karte 2.2 der Brutvogelkartierung (AGWA 2024)

Sonstige Vogelarten (Karte 2.2)

Es wurden sieben weitere Arten ermittelt. Auch ihre Vorkommen konzentrieren sich in denselben Gehölzbeständen wie bei den besonders häufigen Arten:

- *Baumreihe am Nordrand (**Grünspecht, Rabenkrähe, Stieglitz**)*
- *Teilabschnitt der Schille-begleitenden Gehölzreihe (**Dorngrasmücke, Heckenbraunelle, Hänfling**)*
- *alte Eiche zwischen West- und Mittelteil (**Stieglitz**)*

Mit Ausnahme des Stieglitzes (2 Singreviere) waren die in dieser Gruppe zusammengefassten Arten jeweils nur mit einem Vorkommen vertreten.

Beim Grünspecht gab es Anzeichen für einen möglichen Höhlenbau in einer der Pyramiden-Pappeln. Eine Bestätigung gelang trotz wiederholter Beobachtungen im Plangebiet und seinem nahen Umfeld letztlich nicht, sodass es beim Status 1 (Art während der Brutzeit im möglichen Bruthabitat festgestellt) geblieben ist.

Des Weiteren gab es auf der Schille in Höhe des Plangebiets zwei Nachweise der Stockente, darunter eine Paarbeobachtung, jedoch ohne Hinweis auf eine eventuelle Brut.

Bewertung Brutvögel

Alle europäischen Vogelarten sind nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG „besonders geschützt“. Von den ermittelten Spezies ist keine darüber hinaus gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG „streng geschützt“.

In der niedersächsischen Roten Liste (KRÜGER & SANDKÜHLER 2022) ist der Hänfling als „gefährdet“ (Kategorie 3) verzeichnet. Auf der Vorwarnliste stehen Stockente und Stieglitz.

Mit dem Vorkommen von Bodenbrütern wie Feldlerche oder Rebhuhn ist nicht zu rechnen, da das Plangebiet zu kleinräumig ist und durch die umgebenden Vertikalstrukturen und dem ruderalisierten Grünlandbereich kein geeignetes Brutbiotop darstellt.

Fledermäuse

Die Artengruppe der **Fledermäuse** wurde nicht erfasst, da durch die Vorbelastung der angrenzenden Sportstätten (Flutlichtanlagen) und geringer Ausprägung der Biotopstrukturen, insbesondere von Gehölzen als Leitstrukturen nicht mit einem relevanten Vorkommen zu rechnen ist. Nach Rücksprache mit dem Fachgutachter ist potenziell mit einem Vorkommen der Zwergfledermaus, die das Gelände als Jagdrevier nutzen könnte, zu rechnen. Die Zwergfledermaus ist – wie alle Fledermausarten - streng geschützt, kommt aber in Deutschland häufig vor und gilt als nicht gefährdet.

Spezieller Artenschutz

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass angesichts der geringen Brutpaarzahlen je Art sich für deren lokale Populationen keine Störung ihres Erhaltungszustands i. S. des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG abzeichnet. CEF-Maßnahmen (vorgezogene Artenschutzmaßnahmen) nach § 44 Abs. 5 BNatSchG werden daher nicht erforderlich.

Bei Einhaltung der Bauzeitenregelung ist nicht mit dem Auslösen des Zugriffsverbots nach § 44 BNatSchG zu rechnen. Sollte die Baufeldfreimachung oder das Entfernen von Gehölzen innerhalb der Brutzeit erfolgen, so wird eine ökologische Baubegleitung empfohlen.

Da es sich überwiegend um Gehölze bewohnende Arten handelt, sollten neben dem weitgehenden Erhalt von Gehölzen Gehölzpflanzungen Ausgleichsmaßnahmen zur Anwendung kommen.

13.1.4 Biologische Vielfalt

Basisszenario Biologische Vielfalt

Unter biologischer Vielfalt, auch Biodiversität genannt, versteht man die Vielfalt der Ökosysteme, die Vielfalt der Arten sowie die genetische Vielfalt innerhalb der Arten. Die heutige biologische Vielfalt hat sich im Laufe der Erdgeschichte entwickelt und hat zu artenreichen und hochkomplexen Ökosystemen in den Weltmeeren und auf den Kontinenten geführt. Für die Menschen ist die Biodiversität ein Garant für Lebensqualität und eine der wichtigsten Lebens- und Überlebensgrundlagen, sie profitieren und leben von der biologischen Vielfalt und sind ein Teil davon (aus: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege 2017⁹). Die Bewahrung der Artenvielfalt ist eines der zentralen Ziele des Naturschutzes. Damit wird auch der Erhalt der Vielfältigkeit der Ökosysteme, also der Lebensräume der Arten verstanden.

Die biologische Vielfalt (Biodiversität) des Plangebietes ist insgesamt als mittel zu werten. Es handelt sich teilweise um Intensivgrünlandflächen feuchter Ausprägung, teilweise um (halb-)ruderalisierte Gras- und Staudenflure. Ca. ein Viertel der Fläche ist durch Parkplätze versiegelt. Innerhalb des Grünlands befindet sich ein Funkmaststandort, auch diese Fläche ist versiegelt.

Die größeren Gehölze randlich des Parkplatzes weisen eine höhere Wertigkeit auf.

Es ist nicht mit dem Vorkommen besonders geschützte Biotop zu rechnen.

Umweltauswirkungen

- Durch die Festsetzungen des Bebauungsplans wird die Zerstörung von Lebensräumen und insbesondere der Eingriff in das Schutzgut Boden durch Flächenversiegelung vorbereitet. Insgesamt können durch die Festsetzungen auf ca. 0,6 ha Fläche Sportanlagen errichtet und Parkplatzflächen gebaut werden. Dadurch werden bisher unversiegelte Flächen versiegelt.
- Die Zerschneidung von zusammenhängenden Lebensräumen ist durch die Festsetzungen des Bebauungsplans nicht gegeben, da es sich um eine Sportanlage handelt, die an bereits bestehende Sportstätten anschließt.
- Die Ausdehnung der Sportstätten verschiebt sich in die offene Landschaft, wird aber durch den Verlauf der *Schille* mit ihren Gehölzstrukturen nach Süden begrenzt und eingegrünt.
- Das Plangebiet hat eine geringe Habitatfunktion für Gehölze bewohnende Brutvögel.
- Geschützte Pflanzenarten sind nicht betroffen.

⁹ <https://www.anl.bayern.de> (abgerufen am 24.11.2020).

Die Bodenfruchtbarkeit (Ertragsfähigkeit) wird mit hoch angegeben, der Bereich der mittleren Gley-Vega, in dem das Plangebiet selbst liegt, befindet sich aber **nicht** in einem **Suchraums für schutzwürdige Böden aufgrund der hohen Bodenfruchtbarkeit** wie die umliegenden Böden.

Laut Angaben des LBEG handelt es sich bei dem Baugrund des Plangebietes um Lockergesteine mit geringer Steifigkeit (bei Lösslehmen und Auenlehme) und damit geringer bis mittlerer Setzungsempfindlichkeit¹². Das Planungsgebiet liegt in keinem Erdfall- oder Senkungsgebiet und wird damit formal in die Erdfallgefährdungskategorie 1 eingestuft wird (gemäß Erlass des Niedersächsischen Sozialministers "Baumaßnahmen in erdfallgefährdeten Gebieten" vom 23.02.1987, AZ. 305.4-24 110/2 -). Konstruktive Sicherungsmaßnahmen bezüglich der Erdfallgefährdung sind für diese Gefährdungskategorie nicht vorgesehen.

Diese Angaben des NIBIS-Kartenservers ersetzen keine Baugrunduntersuchung. Weitergehende Ausführungen hierzu sind in Kapitel 9.4 der Begründung zu finden.

Laut NIBIS-Kartenserver befinden sich im Plangebiet keine Altlasten oder Verdachtsflächen¹³. Der nächste Altlaststandort befindet sich ca. 1 km südlich des Plangebiets an der L 402, es handelt sich um die Deponie Pattensen (Standortnummer: 2530124001). Sollten im Rahmen der Erdarbeiten wider Erwarten jedoch Aushubmaterial angetroffen werden, das nach Aussehen, Farbe und Geruch nicht natürlichem Material entspricht, so ist unverzüglich die Untere Bodenschutzbehörde der Region Hannover zu verständigen.

Da es sich um eine Spiel- und Sportanlage handelt, hat die Stadt Pattensen im Rahmen der Bauleitplanung eine Bodenuntersuchung im Hinblick auf das Vorhandensein von Schadstoffen im Boden bei GE-OTEC Umweltconsulting aus Laatzen in Auftrag gegeben. Zunächst wurden die Beprobungen auf den Bereich des Osterfeuerbrennplatzes beschränkt. In einem Nachtrag wurden dann die gesamte Fläche im August 2024 mit insgesamt vier Rammkernsondierungen, die bis 3 m Tiefe abgeteuft wurden, beprobt.

Die Bodenproben wurden auf folgende Parameter analysiert:

Schwermetalle: Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Nickel, Quecksilber, Antimon, Cobalt und Thallium; Cyanid ges., PAK (16 Parameter nach EPA), Organochlorpestizide (z.B. DDT, HCH, PCP), polychlorierte Biphenyle (PCB) sowie sprengstofftypische Verbindungen (z.B. TNT).

Bis auf die Werte der **polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAK)** wurden alle Prüfwerte für den Wirkungspfad Boden-Mensch für Park- und Freizeitanlagen nach BBodSchV unterschritten. Diese erhöhten Werte befinden sich im Bereich des Osterfeuerbrennplatzes. Dazu heißt es in dem Gutachten: Bei jedem Verbrennungsprozess von organischem Material, wie z.B. Holz, Kohle o.a., entstehen PAK. Je niedriger die Temperatur bei der Verbrennung ist, umso unvollständiger erfolgt diese

¹² NIBIS® Kartenserver (2021): *Ingenieurgeologie, Bodenklassen für Erdarbeiten*. - Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover (abgerufen am 26.04.2024).

¹³ NIBIS® Kartenserver (2021): *Altlasten*. - Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover (abgerufen am 09.01.2024).

und umso mehr PAK entstehen. Bei PAK, die durch Verbrennung in die Umwelt gelangen, spricht man davon, dass sie pyrogen¹⁴ entstanden sind.

Die zuständige Untere Bodenschutzbehörde kommt zu dem Schluss: *Nach Vorlage der Untersuchungsergebnisse bestehen bodenschutzrechtlich keine grundsätzlichen Bedenken gegen die aktuelle Planung und die Nutzung der Fläche als Multi-Sport-Court. Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen für den Wirkungspfad Boden-Mensch werden durch die vorgelegten Bodenuntersuchungsergebnisse nicht abgeleitet. Für das Planungsverfahren sind daher keine weiteren Hinweise aufzunehmen.*¹⁵

Die detaillierten Ergebnisse des Gutachtens sind im Anhang zu finden.

Zusätzlich formuliert die Untere Bodenbehörde Hinweise, die für das Schutzgut Bodens in die Festsetzungen aufzunehmen sind:

- Es ist unzulässig, Abfälle, Fremd- und Störstoffe (z. B. Bauschutt, Ziegel/ Ziegelbruch, Glas, Holz, Metall, Schlacken, Plastik etc.) in den durchwurzelbaren Boden bis 2 m u GOK einzubringen oder einzuarbeiten. Eingebraachte oder eingearbeitete Abfälle, Fremd- und/ oder Störstoffe sind zu beseitigen.
- Durchwurzelbare Böden dürfen keine Bodenschadverdichtung aufweisen.
Bodenschadverdichtungen liegen im Boden bis 1,5 m u GOK vor bei einer Luftkapazität von < 5 Vol-%, einer gesättigten Wasserleitfähigkeit von < 10 cm/Tag und bei einer Lagerungsdichte der Stufe 4 und 5.
Der Eindringwiderstand soll 2 MPa bei 80 – 100 % Feldkapazität nicht überschreiten.
- Die oberste Bodenschicht durchwurzelbarer Böden von 0 – 0,3 m u GOK ist mit humosem Oberboden (Mutterboden) mit einem Corg-Gehalt (gesamter organischer Kohlenstoff) von mindestens 1 Masse-% herzustellen.
- Der Mutterboden ist vor Überbauung sowie sonstigen Veränderungen der Erdoberfläche abzuschieben, in nutzbarem Zustand zu erhalten und zu verwerten.

Für den Bereich des geplanten Multi-Sport-Court und geplanten Parkplatz wurde eine Luftbildauswertung durchgeführt. Ein Kampfmittelverdacht hat nicht bestätigt. (siehe hierzu Kapitel 9.3 der Begründung).

Basisszenario Fläche

Bedarf an Grund und Boden

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB ist mit Grund und Boden schonend umzugehen. Das NNatSchG gibt in § 1a zudem vor, die Neuversiegelung von Böden landesweit bis zum Ablauf des Jahres 2030 auf unter 3 ha pro Tag zu reduzieren und bis zum Ablauf des Jahres 2050 zu beenden. Diese Zielsetzung wurde auch in das LROP (3.1.1, 05) aufgenommen. Dem stehen großflächige Bauleitplanungen zunächst entgegen.

¹⁴ Pyrogen = im Feuer erzeugte Stoffe.

¹⁵ Mitteilung der Unteren Bodenschutzbehörde zum Fachgutachten am 24.04.2024.

Festsetzung	Fläche
Öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)	4.621 m ²
Flächen für Versorgungsanlagen	100 m ²
Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	1.853 m ²
Straßenverkehrsfläche	125 m ²
Verkehrsfläche (Parkplatz)	607 m ²
Gesamtfläche des Plangebiets	7.306 m²

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine Intensivgrünlandfläche, die im FNP bereits als *Grünfläche mit den Zweckbestimmungen „Sportplatz, Badeplatz, Freibad, Tennisplatz, Motorballplatz“* dargestellt ist. Die **Flächeninanspruchnahme** liegt durch diese Bauleitplanung bei unter 1 ha, nämlich 7.306 m².

Das Plangebiet wird bereits durch zwei Bebauungspläne überlagert (siehe Kapitel 12.2.2 und Kapitel 4.4 der Begründung). Durch die Festsetzungen des B-Plans Nr. 164 werden somit keine neuen Flächen überplant. In den aktuellen B-Plänen ist die Parkplatzfläche sowie eine Wegefläche bereits als versiegelte Fläche festgesetzt. Durch die vorliegende Bauleitplanung ändert sich nichts an der Gesamtflächeninanspruchnahme bereits bestehender Bauleitplanungen.

Umweltauswirkungen Boden und Fläche

Durch die Festsetzungen der Flächennutzung *Grünfläche mit der Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)* wird eine Grünlandfläche überplant. Es wird teilweise ein maximales Versiegelungsmaß für einzelne Anlagen und Einrichtungen festgesetzt. Die Parkplatzfläche reduziert sich sogar gegenüber der aktuellen Bauleitplanung. Ebenso entfällt der nördlich verlaufende Weg als versiegelte Fläche. Der Funkmast (als *Fläche für Versorgungsanlagen* festgesetzt) wird in seinem Bestand gesichert.

- Insgesamt beträgt die mögliche Versiegelung dieser Bauleitplanung ca. 2.800 m² (Parkplatz- und Verkehrsflächen sowie die Versiegelungen durch Sportanlagen gemäß der Objektplanung).
- Altlasten sind im Plangebiet nicht bekannt.
- Schadstoffeinträge in den Boden während der Bauphasen sind möglich, die Gefahr ist aber eher als gering einzustufen.

Bewertung Böden und Flächen

Beeinträchtigung durch Versiegelung und Bodenbefestigung: **mittel**

Beeinträchtigung der Bodenfunktion durch Erosion: **nicht vorhanden/keine**

Beeinträchtigung durch Schadstoffeintrag während der Bauphase: **vorhanden/gering**

Altlasten und damit verbundene Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden: **aktuell nicht bekannt**

13.3 Schutzgut Wasser

Basisszenario Wasser

Grundwasser: Laus den Unterlagen des Bodengutachtens gehen keine Grundwasserwerte hervor. Laut Angaben des NIBIS-Kartenservers befindet sich das Grundwasser relativ oberflächennah, der mittlere Grundwasserhochstand (MHGW) wird mit 6 dm unter Geländeoberfläche (GOF), der mittlere Grundwassersertiefstand (MNGW) bereits mit 15 dm unter GOF. In der Arbeitskarte 3-13 Grundwasserflurabstand des LRP wird dieser als mittel eingestuft.

Das Plangebiet liegt laut Umweltkarten¹⁶ in keinem Wasserschutzgebiet.

Oberflächengewässer: Innerhalb des Plangebiets sind keine Gewässer vorhanden. Außerhalb des Plangebiets verläuft am südlichen Gebietsrand die *Schille* (Gewässer 2. Ordnung). Sie ist durch die Bauleitplanung insofern betroffen, als dass sie durch eine festgesetzte Maßnahmenfläche (Gewässerrandstreifen) innerhalb des Geltungsbereichs geschützt wird.

Es besteht aktuell kein Gefährdungspotential des Grundwassers durch Deponien, Nutzungen u. ä. in diesem Bereich.

Umweltauswirkungen

Das anfallende Oberflächenwasser soll vor Ort zur Versickerung gebracht werden, daher werden sich die Grundwasserverhältnisse nicht verschlechtern.

Oberflächengewässer sind nicht direkt betroffen. Der Bachlauf der *Schille* wird durch ein Uferrandstreifen/Maßnahmenfläche innerhalb des Plangebiets geschützt.

Bewertung

Beeinträchtigung des Grundwassers: **vorhanden/gering**

Zusätzliche Beeinträchtigung des Retentionsvermögens: **vorhanden/gering**

Beeinträchtigung von Oberflächengewässern: **nicht vorhanden/keine**

Beeinträchtigung von Wasserschutzgebieten: **nicht vorhanden/keine**

13.4 Schutzgut Klima und Luft

Basisszenario

Das Untersuchungsgebiet liegt in der atlantisch beeinflussten Klimaregion Niedersachsens und der klimaökologischen Region „Bördenbereich“.

Kleinräumig gesehen liegt das Plangebiet im LRP in einem Kalt-/Frischluftentstehungsgebiet (Ausgleichsräume) mit Bezug zu belasteten Siedlungsgebieten. Entlang der *Schille* zieht sich eine Leitbahn

¹⁶ **Umweltkarten Niedersachsen** (<https://www.umweltkarten-niedersachsen.de>): Thema Hydrogeologie – Wasserschutzgebiete (abgerufen am 26.04.2024).

für Luftaustausch zwischen Ausgleichsräumen und Siedlung. Die Kaltluftlieferung der Ackerfläche südlich des Plangebiets wird im LRP als hoch eingestuft.

Die mittlere Jahrestemperatur für diesen Bereich lag für die Jahre 1991 bis 2020 bei 10,1° Celsius, der Jahres-Niederschlag für diesen Zeitraum bei 626 mm.¹⁷

Umweltauswirkungen

Für die Entwicklung des Kleinklimas sind Versiegelungen nachteilig. Die lokalen Auswirkungen auf das Schutzgut Klima sind aufgrund der Versiegelung durch Spielgeräte, Parkplätze und Zuwegungen daher als relevant einzustufen. Ein Teil des Plangebietes ist allerdings bereits versiegelt (Parkplatz). Diese Fläche wird sich noch etwas verkleinern.

Klimatische Sonderstandorte sind im Plangebiet nicht anzutreffen.

Bewertung

Zusätzliche Beeinträchtigung von Klimafunktionen: **vorhanden/ gering**

Zusätzliche Beeinträchtigung von mesoklimatischen Funktionen: **nicht vorhanden/keine**

Zusätzliche Beeinträchtigungen von lokalen Klimafunktionen: **mittel**

13.5 Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern

Unter Wirkungsgefüge versteht man die naturgesetzlich geregelte Zusammenwirkung der Elemente (z. B. Boden, Wasser, Luft) und Komponenten (z.B. Klima, Lebensgemeinschaften) in einer funktionellen Einheit des Geokomplexes, heute auch als Geoökosystem mit Speichern, Reglern und Prozessen beschrieben¹⁸. Die Funktionsfähigkeit der einzelnen Schutzgüter bzw. deren Einschränkung oder Beeinträchtigung beeinflusst daher auch immer die Funktionsfähigkeit des gesamten Naturhaushaltes aufgrund des Wirkungsgefüges.

Für das Plangebiet kann das Wirkungsgefüge der Schutzgüter durch anthropogene Einflüsse bereits als beeinträchtigt angesehen werden.

Durch den Bebauungsplan Nr. 164 wird eine brachliegende Grünlandfläche überplant, die zukünftig als Sportfläche mit entsprechenden Versiegelungen durch die Sporteinrichtungen belastet sein wird. Dies hat Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Wasser, Flora und Fauna. Es geht Lebensraum für Flora und Fauna verloren. Die Grundwasserverhältnisse insgesamt werden aber nicht erheblich beeinträchtigt.

¹⁷ NIBIS® Kartenserver (2021): *Klima und Klimawandel – Klimaregionen, Temperatur, Niederschlag*. - Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover (abgerufen am 02.05.2024).

¹⁸ www.spektrum.de/lexikon/geowissenschaften/ (abgerufen am 11.03.2018)

13.6 Schutzgut Landschaft

Basisszenario

Das Plangebiet ist Bestandteil der naturräumlichen Region „Börden“¹⁹.

Im LRP (2013) werden zum Plangebiet keine Aussagen getroffen, die südlich an die *Schille* angrenzende Ackerlandschaft liegen in einem Landschaftsteilraum mit geringer Bedeutung für das Landschaftsbild.

Ausgewiesene Schutzgebiete und Schutzobjekte und geschützte Biotope liegen im Plangebiet nicht vor²⁰.

Der LRP trifft keine weitergehenden Aussagen für das Plangebiet.

Umweltauswirkungen

Die zukünftige Nutzung der Grünlandfläche als Multi-Sport-Court hat nur geringe Auswirkung auf das Landschaftsbild, zumal die Gehölze entlang der südlich angrenzenden *Schille* das Plangebiet zur offenen Landschaft hin bereits gut eingrünen.

Es findet durch die baulichen Anlagen der Sportgeräte keine visuell negative Überprägung des Landschaftsraumes statt, ebenso werden keine bedeutsamen Blickbeziehungen oder Sichtachsen unterbrochen.

Bewertung

Beeinträchtigung des Landschaftsbildes: **gering**

Unterbrechung bedeutsamer Sichtbeziehungen: **nicht vorhanden/keine**

Beeinträchtigungen von Schutzgebieten im Sinne des Naturschutzrechts: **nicht vorhanden/keine**

13.7 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

„Kultur- und sonstige Sachgüter umfassen Zeugnisse menschlichen Handelns von ideeller, geistiger und materieller Natur, die für die Geschichte des Menschen bedeutsam sind oder waren. Sie werden in verschiedene Gruppen unterteilt. Das sind unter anderem:

- Baudenkmäler und schutzwürdige Bauwerke (zum Beispiel Kirchen, Kapellen, Schlösser, Guts-höfe oder die historischen Fördertürme im Ruhrgebiet)
- Archäologische Fundstellen (z. B. Hügelgräber, Landwehre oder frühgeschichtliche Siedlungs-flächen)
- Stätten historischer Landnutzungsformen (z. B. Streuobstwiesen, Torfstiche oder Weinberg-terrassen)
- Kulturell bedeutsame Stadt- oder Ortsbilder (z.B. spezifische Ortsformen, Plätze, Altstädte, Silhouetten, Bauweisen oder Alleen).

¹⁹ **Niedersächsische Umweltkarten:** Allgemeine Daten (abgerufen am 02.05.2024).

²⁰ **Niedersächsische Umweltkarten:** Natur/Schutzgebiete nach NNatSchG (abgerufen am 02.05.2024).

Denkmäler können oberirdisch sichtbar sein wie etwa historische Gartenanlagen. Es gibt aber auch unterirdische Denkmäler. Diese Bodendenkmäler können ganze Ensembles bilden, wie zum Beispiel Festungen, Siedlungen, Gräberfelder, Klöster oder Produktionsstätten“.²¹

Basisszenario

Laut NIBIS-Kartenserver weist die Altstadt von Pattensen zahlreiche Denkmale auf (Parkanlage, Bruchwiesen, Einzelgebäude). Im Plangebiet selbst sind bisher nach aktuellem Kenntnisstand keine Sach- oder Kulturgüter bekannt²².

Mit dem Auftreten archäologischer Bodenfunde im Plangebiet ist daher zu rechnen. Die genannten Fundstellen sind Kulturdenkmale i. S. v. § 3 Abs. 4 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG). Durch Bau- und Erdarbeiten würden archäologischen Kulturdenkmale in Teilen unwiederbringlich zerstört. Sämtliche in den Boden eingreifenden Erdarbeiten, wie Erschließungsarbeiten, Oberbodenabtrag und alle in den Unterboden reichenden Bodeneingriffe, bedürfen nach § 13 Abs. 1 NDSchG einer denkmalrechtlichen Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde.

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Auf die Bestimmungen des § 6 Abs. 3 NDSchG (Pflicht zur Erhaltung) wird ausdrücklich hingewiesen. Bei Zuwiderhandeln können Ordnungswidrigkeit mit einem Bußgeld geahndet werden (§ 35 NDSchG) (vgl. auch Kap. 10.6 in der Begründung).

Bewertung

Beeinträchtigung von Kultur- und Sachgütern: **aktuell nicht bekannt**

13.8 Erhaltungsziele und Schutzzweck Natura 2000-Gebiete

Der Geltungsbereich befindet sich in keinem nach europäischem Recht geschützten Schutzgebiet (FFH-Gebiet oder EU-Vogelschutzgebiet). Daher sind auch keine Erhaltungsziele für Natur und Umwelt zu formulieren. Es werden keine Schutzzwecke nach EU-Recht beeinträchtigt.

²¹ Bundesnetzagentur: Kulturelles Erbe und Sachgüter; www.bundesnetzagentur.de (abgerufen am 14.05.2019).

²² NIBIS® Kartenserver (2021): *Kulturdenkmale in Niedersachsen – Archäologische Denkmale, Baudenkmale, Grabungsdenkmale*.- Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), Hannover (abgerufen am 02.05.2024).

13.9 Auswirkungen auf Mensch und Gesundheit, Bevölkerung

Basisszenario

Wohn- und Wohnumfeldfunktion: Für die Betrachtung des Schutzgutes Mensch sind zum einen gesundheitliche Aspekte, vorwiegend Lärm und andere Immissionen, zum anderen regenerative Aspekte wie Erholungs-, Freizeitfunktionen und Wohnqualität von Bedeutung.

Das Plangebiet grenzt direkt an keine Wohnbebauung an. Es ist vielmehr Teil eines größeren Sport- und Freizeitarreals mit Schwimmbad, Fußball-, Motoball-, und Tennisplätzen sowie weiteren Sportplätzen. Hier bildet das Plangebiet die südliche Grenze im Übergang zur freien Landschaft.

Wohnbebauung befindet sich erst ca. 150 m weiter nordöstlich mit einzelnen Häusern. Die erste größere zusammenhängende Wohnsiedlung liegt ca. 300 m in nördliche Richtung.

Die Erschließung des zukünftigen Multi-Sport-Court erfolgt über die Rudolf-Harbig-Straße.

Das Schutzgut Mensch wird durch den Geltungsbereich im Hinblick auf Lärmemissionen am Rande durch erhöhtes Verkehrsaufkommen berührt.

Sonstige Nutzungen: Es werden für das Vorhaben aktuell landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch genommen.

Umweltauswirkungen

- Verlust einer aktuell als Grünland genutzten Fläche.
- Für die Zeit der Bautätigkeiten erhöhtes Verkehrsaufkommen, insbesondere durch LKWs, sowie der übliche Baulärm.
- Es werden keine bedeutsamen Blickbeziehungen unterbrochen.
- Eine Einschränkung übergeordneter Erholungsnutzung durch das Vorhaben ist nichtgegeben, da das Plangebiet keine übergeordneten erholungsrelevanten Funktionen besitzt.

Bewertung

Beeinträchtigung von Wohnfunktionen: **nicht vorhanden/keine**

Beeinträchtigung der Erholungsfunktion: **nicht vorhanden/keine**

Beeinträchtigung sonstiger Nutzungen: **gering**

13.10 Wechselwirkungen

Das UMWELTBUNDESAMT (2001) definiert Wechselwirkungen im Sinne der EG-Richtlinie und des UVP-Gesetzes als „erhebliche Auswirkungsverlagerungen und Sekundärwirkungen zwischen verschiedenen Umweltmedien und auch innerhalb dieser, die sich gegenseitig in ihrer Wirkung addieren, verstärken, potenzieren, aber auch vermindern bzw. sogar aufheben können. Die Wirkungen lassen sich anhand bestimmter Pfade verfolgen, aufzeigen und bewerten oder sind bedingt als Auswirkungen auf das Gesamtsystem bzw. als Gesamtergebnis darstellbar.“

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 164 werden keine relevanten Vorhaben ermöglicht, die erhebliche Wechselwirkungen über die bereits durch die rechtskräftige Bauleitplanung hervorgerufenen auslösen können.

Das Vorhaben steht in keinem Zusammenhang mit weiteren Bauleitplanungen in Pattensen oder der näheren Umgebung, mit denen sich kumulierende Wirkungen entfalten könnten.

In Bezug auf die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens sind keine erheblichen Auswirkungen und somit **keine relevanten** Wechselwirkungen erkennbar.

14 Prognose über die Umweltentwicklung und anderweitige Planungsmöglichkeiten

14.1 Umweltentwicklung bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)

(Gemäß Anlage 1 BauGB 2 a)

Gemäß der Anlage 1 zum BauGB 2 a ist dem Umweltbericht auch eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung darzustellen.

Bei Nichtdurchführung der Planung würden die beiden rechtskräftigen Bebauungspläne, die das Plangebiet überlagern, weiter Bestand haben. Sie setzen im Geltungsbereich der vorliegenden Bauleitplanung die Parkplatzfläche sowie eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage fest.

14.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

(Gemäß Anlage 1 BauGB 2 b)

Auswirkungen auf die Schutzgüter während der Bau- und Betriebsphase

Gemäß Anlage 1 Nr. 2 Buchstabe b zum BauGB ist eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung zu erstellen. Es sind die möglichen, ggf. erheblichen Auswirkungen des Bebauungsplans Nr. 164 während der **Bau- und Betriebsphase** auf die Umweltbelange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bis i BauGB zu beschreiben, insbesondere auch „auf die direkten und die etwaigen indirekten, sekundären, kumulativen, grenzüberschreitenden, kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen, ständigen und vorübergehenden sowie positiven und negativen Auswirkungen.

Die voraussichtlichen umweltrelevanten Auswirkungen bzw. Wirkfaktoren sind bereits in den jeweiligen Kapiteln der Schutzgüter aufgeführt. Nachfolgend werden die voraussichtlichen Auswirkungen nach Art, Umfang und zeitlicher Dauer des Auftretens abgeleitet und nach ihren Ursachen in zwei Gruppen unterschieden:

- baubedingte Wirkungen, d. h. temporäre Wirkungen, die während der Bauphase auftreten,
- betriebsbedingte Wirkungen, d. h. dauerhafte Wirkungen, die durch den Betrieb und die Unterhaltung der zulässigen Nutzungen verursacht werden.

Aus dem geplanten Vorhaben ergeben sich Veränderungen des Umweltzustandes der realen Situationsplänen. Wesentliche Wirkfaktoren sind die Flächeninanspruchnahme durch Versiegelungen

(Sportanlagen) und dem damit verbundenen Verlust bzw. vielmehr der Veränderung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere sowie die Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden.

Das Schutzgut Landschaftsbild wird nicht erheblich beeinträchtigt. Zu berücksichtigen sind auch die bereits vorhandenen Vorbelastungen, die in den Kapitel 13.1 bis 13.9 beschrieben sind.

Folgende erhebliche Umweltauswirkungen sind durch das Vorhaben zu erwarten:

Baubedingte Wirkungen

Auswirkungen nach Anlage 1, Nr. 2 b BauBG infolge...	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes
aa) des Baus und des Vorhandenseins der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten	Real Verlust von Grünlandflächen und damit Bodenversiegelung auf einer Fläche von knapp 0,5 ha. Baurechtlich ist das Gebiet aber bereits überplant, die Gesamtlächengröße verändert sich nicht. Temporäre Bodenversiegelung durch Baustofflager und Bodenverdichtung während der Bauphase. Abrissarbeiten finden nicht statt.
bb) der Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist	Dauerhafter und temporärer Verlust für Boden/Fläche, Verlust von Lebensraum für Pflanzen und Tiere sowie biologische Vielfalt durch Inanspruchnahme bisher unversiegelter Fläche für das Vorhaben. Temporäre Beanspruchung von unversiegelter Fläche im Rahmen der Bauarbeiten. Das benachbarte Fließgewässer wird nicht beeinträchtigt.
cc) Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen	Schall-, Licht- und Staubimmissionen durch Maschineneinsatz etc. während der Bauphasen. Stöempfindliche Arten (Vögel) können vorübergehend oder auch dauerhaft auch von den benachbarten Flächen vertrieben werden. Temporäre geringe Zunahme der Belastung durch Bauverkehr für die Schutzgüter Pflanzen und Tiere, Schutzgut Mensch.
dd) Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung	Die Art und Menge der erzeugten Abfälle kann nicht quantifiziert werden, aber bei sachgerechter Lagerung und Entsorgung der anfallenden Abfälle während der Bauphase über das Wertstoffsystem sind keine Auswirkungen für die Schutzgüter zu erwarten. Ggf. ist der Entsorgungsnachweis auf Verlangen der Unteren Abfallbehörde des Landkreises vorzulegen. Bauschutt durch Abriss fällt nach aktuellem Sachstand nicht an. Problematisches/kontaminiertes Bodenmaterial fällt nach aktuellem Stand nicht an.
ee) Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (z.B. durch Unfälle oder Katastrophen)	Das Schutzgut Mensch (Sport- und Schwimmbadnutzer) wird durch Lärm- und Staubbelastung der Bauarbeiten geringfügig beeinträchtigt. Kulturelles Erbe wird nach aktuellem Stand nicht beeinträchtigt. Unfälle während des Baubetriebes sind nicht auszuschließen, Unfälle und Katastrophen, welche zu erheblichen Auswirkungen für die Schutzgüter führen könnten, sind durch die Festsetzungen nicht zu erwarten.
ff) der Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete ...	Das Vorhaben hat keine kumulierenden Auswirkungen mit anderen Vorhaben, da nach aktuellem Stand keine benachbarten Planungen im näheren und weiteren Umfeld vorliegen.
gg) der Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels	Während der Bauphase sind in geringem Maße Abwärme und Emission von luftverunreinigenden Stoffen durch den Baubetrieb, wie z.B. durch den Einsatz von Baufahrzeugen, zu erwarten. Diese sind aufgrund des CO ₂ -Ausstoßes klimarelevant. Die produzierten CO ₂ -Konzentrationen während der Bauphase allein wirken sich nicht erheblich auf das Klima aus.
hh) der eingesetzten Techniken und Stoffe	Die durch den Baustellenbetrieb verursachten Auswirkungen können bei Gewährleistung einer fachgerechten Entsorgung der Bau- und Betriebsstoffe,

Stadt Pattensen
Bebauungsplan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“
Umweltbericht

Auswirkungen nach Anlage 1, Nr. 2 b BauBG infolge...	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes
	dem sachgerechten Umgang mit Öl und Treibstoffen, der regelmäßigen Wartung von Baufahrzeugen sowie einer ordnungsgemäßen Lagerung wassergefährdender Stoffe als unerheblich eingestuft werden. Es wird davon ausgegangen, dass der Baubetrieb nach dem neuesten Stand der Technik und DIN-Normen erfolgt.

Betriebsbedingte Auswirkungen

Auswirkungen nach Anlage 1 Nr. 2 b BauGB infolge...	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes
aa) des Baus und des Vorhandenseins der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten	Dauerhafter Verlust für die Schutzgüter Boden, Flora und Fauna im Bereich der Versiegelungen. Keine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Es sind keine Abrissarbeiten erforderlich.
bb) der Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist.	Die Nutzung natürlicher Ressourcen betrifft in erster Linie das Schutzgut Boden, der im Bereich der Versiegelungen unwiederbringlich verloren geht. Verlust der betroffenen Schutzgüter Flora und Fauna (hier in erster Linie die Avifauna). Die biologische Vielfalt ist durch die Vornutzung gering, sie wird an anderer Stelle im Rahmen des Bodenausgleichs kompensiert. Artenschutzmaßnahmen sind nicht erforderlich.
cc) Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen	Art und Menge an zukünftigen Schall-, Licht- und Staubimmissionen können nicht benannt werden. Da es sich bei der Nutzung um eine Sportplatzfläche/Multi-Sport-court handelt, ist mit Geräusch- und Lichtemissionen zu rechnen.
dd) Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung	Die Art und Menge der erzeugten Abfälle und deren ordnungsgemäße Entsorgung wird im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens geprüft und festgelegt. Bei sachgerechter Lagerung und Entsorgung der sonstigen Abfälle über das Wertstoffsystem u.a. sind keine Auswirkungen für die Schutzgüter im Plangebiet zu erwarten.
ee) Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (z.B. durch Unfälle oder Katastrophen)	Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt sind nicht vorhanden.
ff) der Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete ...	Das Vorhaben hat keine kumulierenden Auswirkungen mit anderen Vorhaben, da keine benachbarten Planungen im näheren und weiteren Umfeld vorliegen. Das Sportgelände ist bereits Teil einer größeren zusammenhängenden Sportplatzanlage.
gg) der Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels	Lokal wird sich der etwas höhere Versiegelungsgrad auf das Klima auswirken. Durch die vorliegende Bauleitplanung sind keine relevante Erhöhung der Auswirkungen auf das Klima zu erwarten.
hh) der eingesetzten Techniken und Stoffe	Die Auswirkungen von belasteten Stoffen oder Techniken für eine Multi-Sport-Court-Anlage ist aktuell nicht abzuschätzen.

Ansonsten ergeben sich die in den entsprechenden Kapiteln zu den Schutzgütern beschriebenen Umweltauswirkungen.

14.3 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Für den Geltungsbereich des Plangebiets bestehen bereits zwei rechtskräftiger Bebauungspläne, die den Parkplatz und eine Grünfläche festsetzen. Durch die vorliegende Bauleitplanung wird die ursprüngliche Intension eine Sportfläche weiterentwickelt. Anderweitige Planungsabsichten liegen für das Plangebiet nicht vor, es ist Teil eines größeren, zusammenhängenden Sportareals.

15 Darstellung von Maßnahmen zu Vermeidung, Verminderung und zum Ausgleich erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen, naturschutzrechtliche Eingriffsregelung und spezieller Artenschutz

(Gemäß Anlage 1 BauGB 2 c und § 13 bis § 15 BNatSchG)

15.1 Beschreibung des Eingriffs im Plangebiet

Mit den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ werden die bereits festgesetzten Nutzungen der beiden noch geltenden Bebauungspläne präzisiert und modifiziert, eine Neuplanung liegt nicht vor.

Mit der Festsetzung einer öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Multi-Sport-Court“ wird eine höhere Versiegelung einhergehen als bei der ursprünglich festgesetzten Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“. Dieser höheren Versiegelung steht allerdings der Wegfall einer öffentlichen Verkehrsfläche und einer verringerten Flächengröße des Parkplatzbereichs gegenüber.

Tatsächlich wird eine aktuell als Grünland bestehende, unversiegelt Fläche überplant, sodass zusätzliche Bodenversiegelungen planerisch vorbereitet werden. Eingriffe im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes sind nach § 14 BNatSchG „...Veränderungen der Gestalt und der Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können“.

Der Verursacher eines Eingriffs ist nach § 15 Abs. 1 und 2 BNatSchG verpflichtet, vermeidbare Eingriffe von Natur und Landschaft zu unterlassen und unvermeidbare Eingriffe durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahme) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahme).

Es sind folgende erhebliche Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten:

Bodenversiegelungen

Durch die Festsetzungen des B-Plans wird die Realisierung eines „Multi-Sport-Courts“ ermöglicht. Hierbei handelt es sich um eine Freizeitsportanlage, deren Versiegelungsgrad größer ist, als die der bisher festgesetzten Parkanlage. Diese Versiegelungen durch die Freizeitsportanlagen wirken sich vor allem auf den Boden- und Wasserhaushalt negativ aus.

Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes

Das Landschaftsbild wird durch die Festsetzungen nicht erheblich beeinträchtigt, da keine Hochbauten/Gebäude ermöglicht werden.

Zerstörung von Pflanzengesellschaften

Durch die Bodenbefestigungen und -versiegelungen werden Wiesen- und Weideflächen beansprucht bzw. zerstört. Teilweise sind auch Gehölze betroffen. Geschützte Arten und Biotope sind allerdings nicht betroffen.

Vor allem die Bodenversiegelung durch die Freizeitsportanlagen ist als erheblicher Eingriff in Natur und Landschaft zu werten, sodass die Eingriffsregelung gemäß § 1a BauGB i. V. m. § 18 BNatSchG bei der Aufstellung des Bebauungsplanes anzuwenden ist. Der Eingriff in das Schutzgut Boden wird bereits durch die Festsetzung einer Maßnahmenfläche innerhalb des Geltungsbereichs kompensiert.

Artenschutzrechtliche Belange

Das Vorhaben stellt laut Gutachten keine erhebliche Beeinträchtigung der Avifauna dar und löst auch keine Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG aus.

15.2 Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen im Plangebiet

Durch zeichnerische und textliche Festsetzungen sollen die Belange von Natur und Landschaft bei der Aufstellung des Bebauungsplans berücksichtigt werden. Es werden folgende Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 1a BauGB festgesetzt bzw. in die Hinweise übernommen:

Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen

- Baufeldfreimachung nur außerhalb der gesetzlich festgelegten Brutzeiten.
- Versickerung/Rückhaltung des Oberflächenwassers auf dem Gelände.
- Maßvoller Einsatz von Beleuchtung, Verwendung insektenfreundlicher Leuchtmittel und geschlossener, blendfreier Leuchten.
- Begrenzung der Versiegelung durch konkrete maximale Flächenangaben für einzelne Anlagen und Einrichtungen.

Ausgleichsmaßnahmen

- Festsetzungen einer Maßnahmenfläche zur Pflege, Entwicklung und Schutz von Boden, Natur und Landschaft. Hier werden die Eingriffe in Boden durch Ansaaten von Regiosaatgut zur Entwicklung von Extensivgrünland und der Anpflanzung von gebietsheimischen, standortgerechten Gehölzpflanzungen kompensiert.
- Dies hat auch Synergieeffekte für den Artenschutz (Gehölzbewohnende Vögel).
- Zudem wird das Gewässer durch einen extensiv gepflegten Gewässerrandstreifen geschützt.

15.3 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Da die geplanten Eingriffe in das Schutzgut Boden als erheblich im Sinne des Gesetzes eingestuft werden, muss die Eingriffsregelung nach § 14 BNatSchG angewendet werden. Eine Bilanzierung der Eingriffe durch diese Bauleitplanung und Gegenüberstellung von Bestand (B-Pläne Nr. 116 und Nr. 129) und Planung (B-Plan Nr. 164) erfolgt in Anlehnung an die Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung des niedersächsischen Städtetags (2013)²³.

Gegenüberstellung von Bestand und Planung (Ist-Soll-Bilanz)

Ist-Zustand gem. Festsetzungen	Fläche ¹⁾ in m ²	Wertfaktor ²⁾	Werteinheiten ³⁾
B-Plan Nr. 116 „Sportgelände“:			
Verkehrsfläche Parkplatz (OVS)	2.100	0	0
B-Plan Nr. 129 „In der Bleiche“:			
Fußweg (OVS)	540	0	0
Öffentliche Grünfläche Parkanlage (PAN/PAI)	2.445	2	4.890
Flächen für die Wasserwirtschaft	2.221	2	4.442
Summe Ist-Zustand:	7.306		9.332
Soll-Zustand gem. Festsetzungen B-Plan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“:			
Öffentliche Grünfläche Sportplatz (Multi-Sports-Court) (sonstige Sport-, Spiel- und Freizeitanlage (PSZ))	4.621	1	4.621
Flächen für Versorgungsanlagen	100	0	0
Flächen für Maßnahmen (Artenarmes Extensivgrünland/Baum-Strauch-Hecke) (GE/HFM)	1.853	3	5.559
Straßenverkehrsfläche	125	0	0
Verkehrsfläche Parkplatz (OVS)	607	0	0
Summe Soll-Zustand:	7.306		10.180
Ist-Soll- Bilanz			
Werteinheiten Soll-Zustand gemäß B-Plan-Festsetzungen			10.180
abzüglich Werteinheiten Ist-Zustand			9.332
Ist-Soll-Bilanz:			848
<u>Erläuterungen:</u>			
¹⁾ Alle Flächenangaben gerundet; Flächenangaben in Klammer sind nicht in die Flächenaddition eingerechnet;			
²⁾ Wertfaktoren in Anlehnung an das Berechnungsmodell des NDS. STÄDTETAG (2013);			
³⁾ Zahlen gerundet.			

²³ Niedersächsischer Städtetag (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung. 9. Völlig überarbeitete Auflage; Hannover.

15.4 Externe Ausgleichsmaßnahmen, CEF-Maßnahmen und Artenschutz

Externe Ausgleichsmaßnahmen

Die Eingriffe durch die Bauleitplanung können vollumfänglich innerhalb des Plangebiets durch Festsetzung einer Maßnahmenfläche mit Extensivgrünland und Gehölzpflanzungen kompensiert werden. Es ist kein externer Ausgleich erforderlich.

CEF-Maßnahmen

Laut artenschutzfachlichem Gutachten sind keine speziellen CEF-Maßnahmen erforderlich. Der Erhalt von Bäumen und die geplanten Gehölzpflanzungen kommen auch der Avifauna zugute.

Allgemeiner Artenschutz

Die artenschutzrechtlichen Verbote gelten unabhängig vom Bebauungsplan und unabhängig von Baugenehmigungen. Daher ist sicherzustellen, dass es im Zuge von Baumaßnahmen, insbesondere bei Baufeldfreimachung, aber auch Abrissarbeiten, Gehölzfällungen, Gehölzrodungen oder Bodenabtrag zu keinen artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen kommt (z. B. Tötung von Vögeln, Zerstörung von Gelegen, erhebliche Beeinträchtigung oder Störung geschützter wild lebender Tier- und Pflanzenarten).

Bei Unklarheiten oder beim Auffinden verletzter Tiere (z.B. Vögel, Fledermäuse) ist die Untere Naturschutzbehörde einzubinden.

Die Baufeldräumung ist nur außerhalb der Brutzeit zulässig, um eine Gefährdung potenziell vorhandener Nester inklusive darin erhaltener Eier oder Jungvögel auszuschließen. Ein abweichender Baubeginn innerhalb der Brutzeit ist im Einzelfall bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Schaumburg zu beantragen und nur nach vorheriger Prüfung durch eine fachkundige Person und Genehmigung zulässig.

Ein maßvoller Einsatz von Beleuchtung, die Verwendung insektenfreundlicher Leuchtmittel mit einem warm-weißen Lichtspektrum und geschlossener Leuchten sowie die Verwendung von Beleuchtungsmeldern, Zeitschaltuhren und Dimmern ist angezeigt, um Beleuchtungsdauer und -stärke nicht nur als Schutz für die Insekten und Fledermäuse, sondern auch aus klimaschützenden Gründen auf das notwendige Maß zu reduzieren. Die Leuchten sollten Licht nur nach unten abstrahlen, um ein Ausleuchten von benachbarten Gehölzen oder nach oben zu vermeiden. Das artenschutzrechtliche Gutachten empfiehlt den Einsatz von Lichtquellen mit einer Wellenlänge über 540 nm und einer Lichtfarbe von unter 2700 K.

Gehölze dürfen laut § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG nur außerhalb der Vegetationsperiode (01. März bis 30. September) entfernt oder stark zurückgeschnitten (auf den Stock gesetzt) werden. Zulässig sind Pflegeschnitte.

Laut § 40 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) dürfen seit 1. März 2020 in der freien Natur nur noch gebietsheimische Pflanzen und Saatgut ausgebracht werden. Daher sind für die Anpflanzungen, die zur freien Landschaft orientiert sind, nur entsprechendes Pflanzmaterial gemäß der Gehölzliste zu verwenden.

16 Erhebliche nachteilige Auswirkungen

(gemäß Anlage 1 BauGB 2 e)

Angaben zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt gemäß Anlage 1 BauGB 2 e im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 j BauGB (schwere Unfälle und Katastrophen) können nicht beschrieben werden, da von der vorliegenden Bauleitplanung kein erhöhtes Risiko ausgeht. Es handelt sich um ein Sport- und Freizeitgelände. Nachteilige Auswirkungen auf Natur und Umwelt sind bereits in den entsprechenden Kapiteln beschrieben. Die als erheblich zu wertenden Eingriffe werden ausgeglichen.

17 Zusätzliche Angaben

17.1 Verwendete technische Merkmale sowie Hinweise auf Schwierigkeiten

(Gemäß Anlage 1 BauGB 3 a)

Im Umweltbericht sind als zusätzliche Angabe eine Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren bei der Umweltprüfung sowie Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind, wie zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse, zu machen. Soweit die für die Umweltprüfung relevanten technischen Verfahren für das Ergebnis des Umweltberichts von Belang sind, wird dies bei den jeweiligen Schutzgütern aufgeführt. Bei der Bearbeitung des Umweltberichts sind keine planungsrelevanten Schwierigkeiten bezüglich Informationsbeschaffung oder Unterlageneinsicht aufgetreten.

Die Bewertung der betroffenen Schutzgüter des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sowie die Ermittlung notwendiger Kompensationsmaßnahmen erfolgt auf der Grundlage der rechtskräftigen Bebauungspläne und des zur Rede stehenden Bebauungsplans mithilfe der "Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung", herausgegeben vom Niedersächsischen Städtetag (2013).

Die für das Plangebiet relevanten Aussagen des Landschaftsrahmenplans der Region Hannover finden sich in den entsprechenden Kapiteln.

Die Belange des Artenschutzes werden durch ein artenschutzfachliches Gutachten berücksichtigt.

Zur Beurteilung der Bodensituation wurde eine Beodenuntersuchung beauftragt.

Es erfolgte eine Auswertung des NIBIS-Kartenservers des LBEG und der Umweltkarten für Niedersachsen und den daraus zu entnehmenden umweltrelevanten Informationen für das Plangebiet.

Die technischen Verfahren, soweit angewendet, entsprechen den gesetzlichen bzw. fachlichen Bestimmungen.

17.2 Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Bauleitplanung auf die Umwelt, Monitoring

(Gemäß Anlage 1 BauGB, 3 b)

Die Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen, die bei der Durchführung der Bauleitplanung auftreten können, obliegt gemäß § 4c BauGB den Gemeinden. Schon im Rahmen der Bauleitplanverfahren sollen insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig ermittelt werden, um geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Dazu dient auch der vorliegende Umweltbericht.

Gemeinsam mit der Unteren Naturschutzbehörde können bei Bedarf Maßnahmen zum Schutz von Flora und Fauna ergriffen werden. Eine ökologische Baubegleitung wird bei Baumaßnahmen innerhalb der Brutzeitraums von Seiten der Gutachter empfohlen.

Nach § 1a BauGB Nr. 2 ist mit Grund und Boden schonend umzugehen. Eine bodenkundliche Baubegleitung kann bei Bedarf durch die Bodenschutzbehörde festgesetzt werden.

Nach den Ausführungen des Umweltberichts sind zum jetzigen Zeitpunkt durch die Bauleitplanung keine weiteren erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen als die beschriebenen zu erwarten.

18 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

(gemäß Anlage 1 Nr. 3c BauGB)

Gemäß § 2a Nr. 2 BauGB ist den Begründungen von Bauleitplänen ein Umweltbericht als gesonderter Teil der Begründung beizufügen. Der Umweltbericht wird anlässlich der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ erarbeitet.

Die Bauleitplanung wird im zweistufigen Normalverfahren (frühzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung) mit Umweltprüfung und Umweltbericht durchgeführt.

Der Geltungsbereich wird von zwei rechtskräftigen Bebauungspläne Nr. 116 „Sportgelände“ und Nr. 129 „In der Bleiche“ überlagert. Die bestehenden Bebauungspläne für das Plangebiet sollen konkretisiert und geändert werden, um die Realisierung eines Multi-Sport-Courts (Freizeitsportanlage) mit unterschiedlichen sportlichen Angeboten zu ermöglichen. Aktuell ist das Plangebiet als *öffentliche Grünfläche* mit der *Zweckbestimmung Parkanlage* festgesetzt. Ebenso soll die Parkplatzsituation neu geordnet werden. Der bestehende Funkmast soll in seinem Bestand gesichert werden.

Es wird eine *öffentliche Grünfläche* mit der *Zweckbestimmung Sportplatz (Multi-Sport-Court)*, *Verkehrsflächen* mit der *Zweckbestimmung Parkplatzflächen, Straßenverkehrsflächen, Fläche für Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung Sendeanlage* und drei *Bäume zur Erhaltung* festgesetzt. Entlang der *Schille* und im östlichen Bereich des Plangebiets wird eine *Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft* festgesetzt, sie dient der Kompensation der Eingriffe durch die Bauleitplanung und dem Schutz des angrenzenden Gewässers. Innerhalb des Geltungsbereichs liegen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht belastete Flächen. Das Plangebiet hat eine Flächengröße von knapp 0,8 ha.

Für das Plangebiet liegt bereits eine konkrete Objektplanung des Büros SFP Sport- und Freiraumplanung aus Sarstedt vor.

Der Landschaftsrahmenplan der Region Hannover trifft keine planungsrelevanten Aussagen zum Plangebiet. Im Regionale Raumordnungsprogramm wird die Fläche als Bestandteil einer größeren Sport- und Freizeitfläche dargestellt. Die Aussagen der Regional- und Landschaftsplanung stehen dem Bebauungsplan Nr. 164 nicht entgegen.

Zur Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange wurde ein artenschutzfachliches Gutachten durch das Büro AGWA erarbeitet. Es konnten sechs Brutvogelarten sowie sieben weitere Vogelarten im Plangebiet festgestellt werden. Aufgrund der geringen Anzahl ist nicht mit einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes zu rechnen. Ein Vorkommen des Feldhamsters konnte nicht nachgewiesen werden. Artenschutzmaßnahmen sind daher nicht erforderlich.

Im Rahmen des Gutachtens wurde auch eine Biotoptypenkartierung erstellt. Geschützte Biotope und Schutzgebiete sind durch die Planung nicht betroffen.

Bei den Böden handelt es sich um fruchtbare Bördenböden, das Plangebiet liegt aber nicht innerhalb eines Suchraums für schutzwürdige Böden aufgrund der hohen Bodenfruchtbarkeit. Das für die Spiel-/Sportplatznutzung erforderliche Bodengutachten stellte keine planungsrelevante Bodenbelastung durch Schadstoffe fest. Die Untere Bodenbehörde formuliert Hinweise für das Schutzgut Boden, die in die Hinweise der Planzeichnung aufgenommen werden.

Altlasten sind in dem Plangebiet nicht bekannt.

Die erfolgte Luftbilddauswertung hat einen Kampfmittelverdacht nicht bestätigt.

Es werden Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung des Eingriffs wie Erhalt von Bäumen, Versickerung von Regenwasser, Anpflanzung von Gehölzen oder Verwendung von regionalem Saatgut und Pflanzenmaterial formuliert, die der Bebauungsplan entsprechend festsetzt.

Der Umweltbericht kommt zu dem Schluss, dass die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ **einen erheblichen Eingriff** im Sinne des Gesetzes darstellen, sodass die Eingriffsregelung nach § 14 BNatSchG angewendet werden muss.

Grundlage für die Eingriffsbeurteilung ist nicht die aktuell vorherrschende Situation, sondern die Festsetzungen der rechtskräftigen Bebauungspläne Nr. 116 „Sportgelände“ und Nr. 129 „In der Bleiche“.

Die Errechnung des erheblichen Eingriffs in Grund und Boden erfolgt in Anlehnung an die Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen des niedersächsischen Städtetags (2013). Die Bilanzierung ergibt eine ausgeglichene Bilanzierung, sodass keine externen Ausgleichsmaßnahmen notwendig sind.

19 **Verwendete Unterlagen, Gutachten und Quellen**

AGWA INGENIEURGEMEINSCHAFT	2024	Artenschutzfachliches Gutachten zum B-Plan Nr. 164 „Multi-Sport-Court“ in Pattensen; bearb.: Dipl.-Ing. Michael Jürgens, Hannover. Stand 09.09.2024.
DRACHENFELS, OLAF v.	2021	Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie. Hrsg.: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN - Fachbehörde für Naturschutz-); Hannover.
GEOTEC UMWELTCONSULTING	2024	Bodenuntersuchung MSC Gelände, Rudolf-Harbig-Straße, 30982 Pattensen – Bericht Nr. 24/018; Dipl. Geol. Martin-R. Köhler; Laatzen. Stand 08.04.2024.
KOWARIK, INGO	1987	Kritische Anmerkungen zum theoretischen Konzept der potenziellen natürlichen Vegetation mit Anregungen zu einer zeitlichen Modifikation.- Tuexenia 7; Göttingen.
LANDESAMT FÜR BERGBAU, ENERGIE UND GEOLOGIE (LBEG)	2021	NIBIS Kartenserver: Altlasten; Bodenkarte BK 50; Hydrogeologie; Ingenieurgeologie- Gefahrenhinweiskarte; Klima und Klimawandel; Hannover.
LANDESAMT FÜR GEOINFORMATION UND LANDESVERMESSUNG NIEDERSACHSEN (LGLN)	2024	Luftbilddauswertung Ergebniskarte BA-2023-04683; Kampfmittelbeseitigungsdienst, Regionaldirektion Hameln-Hannover, Karte und Ergebnisschreiben; Stand 01.11.2023.
NIEDERSÄCHSISCHER STÄDTETAG	2013	Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung. Hrsg. Niedersächsischer Städtetag; 9. völlig überarbeitete Auflage; Hannover.
NLÖ	2003	PNV-Karten für Niedersachsen auf Basis der BÜK 50; Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen; Hannover 1/2003
SFP SPORT- UND FREIRAUMPLANUNG	2024	Objektplanung Multi-Sport-Court; Dipl.-Ing. Dieter Grundmann, Garten- und Landschaftsarchitekt; Sarstedt. Stand 02.07.2024.
STADT PATTENSEN	1972	Bebauungsplan Nr. 116 „Sportgelände“.
STADT PATTENSEN	1976	Bebauungsplan Nr. 129 „An der Bleiche“.
STADT PATTENSEN	2021	38. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Pattensen (Stand 21.04.2021).

UMWELTBUNDESAMT	2001	Entwicklung einer Arbeitsanleitung zur Berücksichtigung der Wechselwirkungen in der Umweltverträglichkeitsprüfung. Ökologie-Zentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.
-----------------	------	--

Abgerufene Internetseiten:

<https://www.google.de/maps/>

<https://nibis.lbeg.de/cardomap3/>

<https://www.umweltkarten-niedersachsen.de/e>

<https://www.anl.bayern.de>

<https://www.bundesnetzagentur.de>

<https://www.spektrum.de/lexikon/geowissenschaften/>

C Beschluss

Die vorstehende Begründung hat der Rat der Stadt Pattensen in seiner Sitzung am 27.03.2025 als Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB beschlossen.

Pattensen, 12.05.25

gez. Schumann

.....

Die Bürgermeisterin

LS